Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17 Fernspr. 6002. Sprechstunde täglich von 11–12

und sämtliche Unterbezirke Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27 Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 37573

Nr. 75 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. ausschl. Bestellgeld. | Halle, Freitag, den 1. April 1921 | Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 60 Pf., besondere Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Die Greuel des Bürgerkrieges.

Den bei Gröbers gefallenen Sipoleuten wurden die Augen ausgestochen und Lippen und Nasen abgeschnitten — Im Deisnitzer Kohlenrevier wurde den arbeitenden Bergleuten die Luftzufuhr gesperrt — In Duisburg dringen Tausende von Arbeitswilligen in die von den Kommunisten gesperrten Betriebe.

Kommission des Reichskabinetts in Mitteldeutschland.

Berlin, 1. April. (WTB.) Auf Anordnung des Reichskabinetts hatte sich eine Kommission aus Beamten des Reichsministeriums des Innern, des Reichswehrministeriums und des preußischen Ministeriums des Innern in das mitteldeutsche Aufruhrgebiet begeben, um an Ort und Stelle sich von den Ergebnissen der Polizeiaktion zu überzeugen. Ueber ihre Eindrücke ist gestern in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts Bericht erstattet worden. Die Feststellungen gehen dahin, daß die Polizei ihre Aufgabe mit der größten Hingabe und in vortrefflicher Weise gelöst hat. Die Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Bewegung getroffen worden waren, können als völlig zweckmäßig bezeichnet werden. Sie sind so schnell und kräftig durchgeführt worden, als es die Schwierigkeit der Aufgabe zuließ, so daß ein Einsatz von Reichswehr außer den der Polizei beigegebenen Batterien im Aufstandsgebiet weder erforderlich war, noch, wenn keine Rückschläge erfolgen, ferner in Aussicht stehen wird. Zur Sicherung des Gebiets sind verstärkte Streifen, zur Verhinderung neuer Unruhestiftungen und zur Entwaffnung und Festnahme der Aufrührer werden noch eine Reihe von Maßnahmen erforderlich sein, die ihrer Natur nach am besten durch die Polizei erfolgen werden. Die Polizei wird daher vorerst noch in dem Aufruhrgebiet bleiben. An einzelnen Aufruhrherden innerhalb des von der Polizei befriedeten Gebiets wird nach Bedarf mit Reichswehr eingegriffen, so gegenwärtig in Liebenwerda. Zu diesem Zweck wird die Bereitstellung des Militärs zunächst beibehalten. Die Bevölkerung des heimgesuchten Gebiets kann daher mit Vertrauen auf eine baldige und völlige Wiederkehr ruhiger und sicherer Verhältnisse rechnen.

Eine Denkschrift über den Putsch.

Berlin, 31. März. (WTB.) Nach der Einnahme des Leunawerkes und der Aushebung der Kommunistenzentrale in Halle ist in Mitteldeutschland weitere Beruhigung eingetreten. Nur noch östlich von Halle treiben sich vereinzelt einige Banden umher. Liebenwerda ist von den Kommunisten besetzt, die dort die Räterepublik ausgerufen haben. Unter den im Leunawerk Festgenommenen befindet sich eine Reihe von Ausländern, und zwar 4 Russen, 5 Oesterreicher, 1 Marokkaner und 1 Mann aus Algier. Unter den Toten sind 4 Russen festgestellt.

Berlin, 31. März. Das Märkische Elektrizitätswerk teilt mit: In der vergangenen Nacht wurde das Kraftwerk Stegermühle bei Eberswalde von bewaffneten Banden angegriffen, die auf die Leute des Werkes Gewehrfeuer richten, um sich gewaltsam Eintritt in das Werk zu verschaffen. Der Angriff wurde von der eigenen Belegschaft abgeschlagen.

In Westdeutschland herrscht Ruhe. Irgendwelche nennenswerten Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Die preußische Regierung wird über die Entwickelung, die zum Kommunistenaufstand geführt hat, in nächster Zeit eine Denkschrift herausgeben.

Der Gipfel kommunistischer Roheit.

Dresden, 31. März. (WTB.) Ein unerhörtes Verbrechen ist gestern nachmittag von den Kommunisten im Oelsnitzer Kohlenrevier begangen worden. Ceutsenlose Halunken löschten die Kesselfeuer in den Schächten des dem Staate gehörenden Werkes „Gottes Segen" aus und besetzten die Schächte. Wie ein Telegramm des Bergamtes an das Finanzministerium meldet, ist die Ausfahrt aus der Grube nicht gefährdet, so daß die noch im Schachte eingeschlossenen Mannschaften erheblich gefährdet sind. Die nächsten offenbar beabsichtigten Folgen dieser Schurkentat waren das Versagen der Wasserhaltung, der Pumpenarbeit, das völlige Darniederliegen der Ventilation und der Fahrtunst, sodaß die noch in der Grube eingeschlossenen Bergleute weder frisches Wetter zugeführt, noch sie selbst zu Tage gefördert werden können. Es ist dies ein Verbrechen, das von Arbeitern ausschließlich gegen Arbeiter gerichtet worden ist. Nach W. T. B. hört, hat die Regierung sofort das Erforderliche zur Rettung der bedrohten Bergleute aus dem Schacht und zur Verhütung weiterer ähnlicher Schandtaten angeordnet.

Ausgestochene Augen.

Wie die „Saale-Zeitung" berichtet und wie uns heute morgen von einem Parteigenossen bestätigt wurde, war der Anblick der Leichen der acht bei Gröbers gefallenen Schupomannschaften wahrhaft grauenhaft.

Nicht genug damit, daß die Leichen zum Teil bis aufs Hemd geplündert sind. Mit den 8 Unglücklichen ist eine Leichenschändung getrieben worden, wie sie fast beispiellos ist. Einigen sind die Augen ausgestochen worden, anderen hat man die Hände abgeschlagen, wieder anderen sind die Zähne wegen der darin sitzenden Goldplomben ausgebrochen, und eine Leiche ist sogar in einzelne Stücke zerlegt worden. Daß durch solche Greueltaten die Schupomannschaften bis auf Blut empört werden, ist leicht zu verstehen.

Das Ende einer „Sozialisierungs"komödie.

Hamburg, 30. März. Die Werft Blohm u. Voß zeigt die Wiederaufnahme des Arbeitsbetriebes auf der Werft ab 1. April an.

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit auf der Hamburger Werft Blohm u. Voß nimmt ein Vorfall sein Ende, der leicht zu einer Katastrophe für die gesamte Arbeiterschaft hätte führen können. Bekanntlich erklärte eine Minderheit der streikenden Arbeiter den Betriebsrat für abgesetzt, ernannte neue Obermeister und Meister und erklärte, nunmehr an die „Sozialisierung" des Werkes herantreten zu wollen. Daß es auf diesem Wege nicht geht, war dem besonnenen Teil der Arbeiterschaft, der auch hier in der großen Mehrheit war, von vornherein klar, und es ist deshalb lebhaft zu begrüßen, daß der Kommunistenspuk nunmehr auch in Hamburg sein Ende gefunden hat.

Der Kommunist wird verwundet.

In Berlin machte in den Tagen der Ausstandsbewegung der von früher her bekannte Sylt von sich reden. Er versuchte durch Aufpeitschung der Arbeitslosen es dahin zu bringen, daß diese die Elektrizitätswerke stilegten. Er wurde dabei verhaftet. Jetzt wird dem „Vorwärts" mitgeteilt, daß er gegen morgen um ½12 Uhr, als er von der Vernehmung im Polizeipräsidium nach dem Polizeigefängnis übergeführt werden sollte und dabei einen Fluchtversuch unternahm, durch Schüsse von Polizeibeamten verwundet wurde. Sylt wurde sofort in die Charité übergeführt. Eine genaue Untersuchung der Angelegenheit ist durch den Berliner Polizeipräsidenten Richter angeordnet worden. Der Polizeipräsident nahm Gelegenheit, Mitgliedern der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion an Ort und Stelle zu zeigen, daß es sich tatsächlich um einen Fluchtversuch handelte.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt in aufsehenerregender Ueberschrift die Meldung von der Erschießung des Sylt. Sylt ist nicht tot. Die leichtfertige Berichterstattung des Blattes ist um so mehr zu bedauern, als durch sie zwar dem Sensationsbedürfnis eines gewissen Berliner Lesepublikums Rechnung getragen, in die Bevölkerung aber eine höchst überflüssige und schädliche Beunruhigung gebracht wird.

Einer WTB.-Meldung ist noch zu entnehmen, daß die Kugel Sylt in den Rücken eindrang. Sylt wurde sofort vom Kreisarzt untersucht, nach dessen Angaben die Verletzung zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich ist, da weder das Herz noch die Lungen getroffen sind.

Berlin, 1. April. Auf die Nachricht, daß der Kommunistenführer, Obermaschinist Wilhelm Sylt, im Polizeipräsidium bei einem Fluchtversuch niedergeschossen worden sei, setzte sofort eine lebhafte Agitation unter den Elektrizitätsarbeitern ein. Man berief eine Versammlung ein, zu der aber von den 3000 Elektrizitätsarbeitern nur 400 erschienen, von denen 250 für und 150 gegen den Streik stimmten. Damit dürfte die ganze Aktion gegenstandslos geworden sein.

Wie die Blätter mitteilen, bestreitet der im Polizeipräsidium verwundete Kommunist Sylt, einen Fluchtversuch gemacht zu haben. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlin hat sich im Beisein von Vertretern des Afa-Bundes mit dem Fall Sylt beschäftigt. Eine Stellungnahme der Gewerkschaftskommission kann erfolgen, sobald der Ausschuß die ihm zugebilligten Untersuchungsmöglichkeiten wahrgenommen hat. Dies soll im Laufe des heutigen Tages geschehen. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke werden aufgefordert, nur den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission Folge zu leisten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskartell Groß-Berlin des Afa-Bundes fordern in einem Aufruf in der „Freiheit" die Aufhebung der Verordnung über die Sondergerichte.

Die politische Bedeutung des Kommunistenputsches.

Der Putsch der Kommunisten ist mißlungen. Es wird noch eine Zeitlang einzelne Zusammenstöße, einzelne Streiks und einzelne direkt verbrecherische Taten geben, aber zu Ende ist er. Nun soll man aber nicht glauben, daß nach seinem Ende das politische Leben seinen Gang wieder da aufnehmen wird, wo es durch die Ereignisse unterbrochen wurde. Nein. Alle Fragen der Politik präsentieren sich jetzt doch in einer anderen Beleuchtung, können jetzt agitatorisch von den verschiedenen Parteien anders ausgenutzt werden. Die praktischen Anfänge merkt man schon bei allen. Bei den Unabhängigen so gut wie bei den Deutschnationalen und den Deutschen Volksparteilern. Wir haben als Partei zu prüfen, war unsere Stellungnahme richtig und dann, können wir alle Maßnahmen des Genossen Hörsing billigen, auf den sich jetzt der ganze Zorn der gegnerischen Parteien richtet, weil sie nicht auf ihre Rechnung kommen.

Zunächst ist festzustellen, daß ein Putsch in ähnlicher Form, wie er jetzt zu Tage getreten ist, nach der Gründung der V. K. P. D. am 4. Dezember 1920 und nach der Ablehnung ihres offenen Briefes durch die Gewerkschaften und die anderen politischen Parteien mit Bestimmtheit zu erwarten war. Wurde nichts unternommen, so strichen sich die Kommunisten selbst aus der Liste der Parteien. Es war also ein Verzweiflungsakt einer Parteirichtung, nicht der Arbeiterklasse, und mußte schon aus diesem Grunde den Widerstand der Arbeiterschaft finden. Er konnte ohne Schaden für die gesamte Arbeiterschaft nur von dieser selbst niedergekämpft werden. Das ist in glücklicher Weise auch in allen Gegenden Deutschlands geschehen, bis auf den kommunistisch durch unsere durch verseuchten Bezirk Mitteldeutschland. Niemals wäre aber die Niederkämpfung des kommunistischen Wahnsinns gelungen, wenn sie in den Händen der rechtsstehenden Parteien und ihrer Vertreter gelegen hätte. Sie haben direkt und indirekt denselben erst groß gezüchtet. Indirekt dadurch, daß den Gefühlen der militärpflichtigen Arbeiter 4½ Jahre lang von den alldeutschen Vorgesetzten die Gewaltlehre eingehämmert wurde. 4½ Jahre lang mußte sie für gewalttätige Eroberung materieller Vorteile (Annektion, Kriegsentschädigung durch die Alliierten) kämpfen. Wer von den Deutschnationalen und den Deutschvolksparteilern will ohne zu erröten von diesen so beeinflußten Menschen verlangen, sie sollen materielle Vorteile ohne Gewalt, durch Kulturarbeit im sozialistischen Sinne sich erringen. Es ist nur die alldeutsche Saat, die dabei in die Halme schießt, die infolge des veränderten politischen Wetters nur anders aufgegangen ist. Direkt haben sie den Kommunismus großgezüchtet mit ihren 50 Millionen an Lenin und durch seinen Transport durch Deutschland.

Den Alldeutschen haben wir den kommunistischen Wahnsinn zu verdanken; überwinden können ihn nicht ihre Schöpfer, sondern nur die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft. Nicht vernichten, nicht zerreißen, nicht zerschmettern, wie die starken Ausdrücke der reaktionären Hetzer uns entgegennehmen, sondern überwinden durch das Beispiel praktischer Arbeit für das gesamte werktätige Volk, ob Handarbeiter, Beamter oder Angestellter. —

Diese praktische Arbeit wurde mit Absicht von den Kommunisten dauernd gestört. Das verschärfte natürlich die prinzipiellen Gegensätze und barg die Gefahr, daß unsere Partei und die einzelnen Vertreter derselben in den Parlamenten, Regierungen und Behörden immer mehr an die Seite der kapitalistischen Parteien gedrängt wurden. Auf diese Entwicklung haben diese jedenfalls große Hoffnungen gesetzt. Allzugroße. Sie sind in den letzten Wochen arg enttäuscht worden. Zunächst bei der Regierungsbildung in Preußen und jetzt wieder bei dem Kommunistenputsch. Hierbei ist es besonders der Genosse Hörsing, gegen den sie alle Minen springen lassen. In ihm wollen sie zugleich die ganze Partei treffen, das wird ihnen aber nicht gelingen.

Die Maßnahmen des Genossen Hörsing waren unzweifelhaft richtig. Man merkt das schon aus der nebensächlichen Tatsache, daß die U. S. P. ebenso auf ihn schimpft wie die Rechtsparteien. Die Haltung der U. S. P. zu beleuchten wird Aufgabe eines besonderen Artikels sein, wir wollen diese Partei leute begegnen ungeschoren lassen, eine Art grimmigen Humors läßt uns aber bemerken, daß die einzige vernünftige Tat der Kommunisten in diesen Tagen die war, daß sie sich in der Genossenschaftsdruckerei weigerten, in den kritischen Tagen die unabhängige „Volkszeitung" zu drucken. Dieses Blatt der politischen „Widerwärtigkeiten" hätte in der damaligen Situation ebensoviel Unheil anrichten können, wie die Kommunisten.

Wenden wir uns also wieder der Rechtspresse zu. Sie wirft dem Genossen Hörsing vor, er habe nicht die Reichswehr eingesetzt und dadurch die Opfer vergrößert. Sogar der Vorfall bei Gröbers, wo 2 Offiziere und 10 Mann das Leben verloren, muß dazu herhalten. Doch gerade bei diesem unglücklichen Zusammenstoß hat die direkte Schuld daran der führende Offizier gehabt. Er ist ohne jede Vorsichtsmaßregeln in geschlossener Linie auf der Straße in das Feuer hineingerannt. Der Bewohner des Chausseehauses,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210401-15/fragment/page=0001

in dessen nächster Nähe das Unglück geschah, wird darüber Aussagen machen können. Der Offizier wollte mit dem bekannten preußischen Schneid vorgehen, der verächtlich auf alle Vorsichtsmaßregeln herabsieht und den man beim Kommiß zur Genüge kennen gelernt hat. Bedauerlich ist es nur, daß solcher Geist noch unter den Offizieren der Schutzpolizei zu finden ist und daß die Untergebenen dafür mit dem Leben bezahlen müssen. Hier muß noch Änderung geschaffen werden. Also nach ganz anderer Richtung hin, als es die rechtsstehende Presse verlangt, die wiederholt die frivole Ansicht in den Vordergrund schiebt, schwächlich sei es gewesen, unnötige Blutopfer unter der gepreßten und terrorisierten Arbeiterschaft zu vermeiden, die wiederholt versucht, die Schutzpolizei zu diesem Vorgehen scharf zu machen, indem sie meint, es wäre Munitionsersparnis für die Truppe. Mit diesen wahrhaft viehischen Grundsätzen bläst sie nur die Flamme des erloschenden Aufruhrs wieder an.

Aber mit der bloßen Ablehnung der Generalstreikpraxis mit dem friedlichen Widerstand gegen die terroristischen Akte der Kommunisten war dieser Aufstand — das größte Verbrechen an der gequälten Arbeiterklasse — allein auch nicht zu begegnen. Zumal noch die Banken eines Holz und verschiedener Gleichgesinnter ihr Unwesen trieben. Der Repräsentant der Staatsgewalt in unserem Bezirk, eben Geh. Hörsing, mußte deshalb die Staatsgewalt einsetzen. „An einen groben Klotz gehört ein grober Keil" oder „gegen Gift hilft nur Gegengift" oder wie man sich sonst noch ausdrücken will. Diesen Gewaltakte war eben nur mit Gewalt beizukommen. So setzte Höfing die Schutzpolizei ein. Daß er das in geradezu vorbildlicher Weise getan hat, daß er sich mit Entschiedenheit dagegen wehrte, der Reichswehr Gelegenheit zu geben, ihrer Tatenlust die Zügel schießen zu lassen, dafür gebührt ihm Anerkennung. Auch der verständigen Haltung der Mannschaften der Schutzpolizei kommt dasselbe zu, wenn auch über einzelne Ereignisse noch zu reden sein wird.

Wenn also jetzt gesagt werden kann, der Putsch ist abgeschlagen, die Kommunisten sind zu leicht als Partei erledigt, so ist das in erster Linie der Haltung unserer Partei und dem Weitblick des Gen. Hörsing zu danken. Hätten die rechtsstehenden Parteien nur irgendwie ihre Hände mit in dieses ernste, blutige Spiel stecken können, es wäre unermeßliches Elend, nicht nur über Mitteldeutschland, sondern über ganz Deutschland hereingebrochen. Die Schlußfolgerung, die wir daraus zu ziehen haben, ist die: Ja, nicht jenen Parteien die Gelegenheit zu geben, das Versäumte nachholen zu können. Auch nicht bei der Bildung der Regierung in Preußen. Auch da muß es heißen: Hände weg!

Der Putschversuch König Karls.

Der „Voss. Ztg." wird über die Osterreise des ehemaligen österreichischen Monarchen in seine Heimat aus Wien berichtet:

Wie ich von einem Mitgliede der Wiener englischen Mission erfahre, ist Exkönig Karl in der Uniform eines Entente-Offiziers am Freitag in Wien eingetroffen und hat die Nacht zum Sonnabend in einem Wiener Palais verbracht. Abends fand ein Festmahl statt, an dem 14 frühere hochgestellte Persönlichkeiten teilnahmen. Um welches Palais und um welche Persönlichkeiten es sich handelt, glaubte der Engländer nicht verraten zu sollen. Die englische Mission scheint jedenfalls völlig im Bild über die habsburgischen Pläne gewesen zu sein.

Der englische Gewährsmann behauptete weiter, Exkönig Karl habe Steinamanger bereits wieder verlassen; in welcher Richtung, war ihm augenblicklich unbekannt. Nach hiesigen polizeilichen Ermittlungen soll Exkönig Karl die Reise von der Schweiz nach Wien in der Eisenbahn zurückgelegt haben. Wer ihm diesmal den falschen Paß ausgestellt hat, ist noch unbekannt. Im Jahre 1920 besaß er bereits einen falschen ungarischen Paß, der auf den Namen Caspar Konacs lautete und den ihm der damalige Minister im Kabinett Friedrich, der auch jetzt bei der Reise Karls nach Budapest besonders tätige Benicky, ausgestellt hatte. Benicky war in der Nationalversammlung angegriffen worden und hatte ganz offen zugegeben, daß er den falschen Paß dem Exkönig übermittelt habe.

Wien, 31. März. Der hiesige Sachverwalter des Kaisers, Sektionschef Schager, äußerte sich gegenüber einem Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tageblattes": Da die Reise des Kaisers Karl nach Ungarn nun einmal erfolgt ist, gibt es nichts anderes als durchzuhalten. In Wien war niemand in die Angelegenheit eingeweiht und es war daher zwecklos, daß bei mir und verschiedenen anderen monarchistischen Personen Haussuchungen und protokollarische Vernehmungen durch die Polizei stattgefunden haben. Die Nachrichten aus Steinamanger besagen, daß die Lage für König Karl zunehmend günstiger werde, da sich nicht nur das Korps Lehar, sondern auch die benachbarten Garnisonen dem König zur Verfügung gestellt und ihren Entschluß bekanntgegeben haben, nach Budapest zu marschieren, falls sich die ungarische Regierung nicht der legitimistischen Standpunkte anpassen würde.

Wien, 3. März. Die „Politische Korrespondenz" erfährt, daß in der Angelegenheit des früheren Kaisers Karl keine Schritte anderer Mächte bei der österreichischen Regierung gegenüber den durch die Rückkehr des Kaisers hervorgerufenen Ereignissen einnimmt, ergibt sich aus den positiven Maßnahmen, die bereits verfügt wurden und die eine Gewähr dafür sind, daß eine unerwünschte Beeinflussung der innerpolitischen Lage Oesterreichs vermieden ist. Die Regierung betrachtet die Angelegenheit zunächst als eine ungarische und ist der Auffassung, daß sie im eigenen Wirkungskreis alles vorgesehen hat, um eine Gefährdung der eigenen Interessen hintanzuhalten. Die Untersuchung darüber, ob und unter welchen Umständen der Exkaiser im Verlaufe seiner Reise österreichisches Boden betreten hat, nähert sich ihrem Abschluß. Das Ergebnis wird der Oeffentlichkeit alsbald bekanntgegeben werden. In politischer Hinsicht ist hervorzuheben, daß die Regierung bei ihrer Stellungnahme zu dieser Angelegenheit auf die übereinstimmende Auffassung und Unterstützung der Parlamentsparteien rechnen darf.

*

Inzwischen ist der Habsburger immer noch in Steinamanger und wartet auf eine Aenderung der Situation. Er schützt Unwohlsein vor, damit ihn der Bischof, in dessen Haus er Aufnahme fand, nicht so ohne weiteres den Wunsch baldiger Abreise übermittelt. Nach Mitteilungen einer Wiener Korrespondenz ist es wahrscheinlich, daß er zunächst noch den Verlauf der heutigen Sitzung der Nationalversammlung abwarten wird.

Militärdiktatur in Westungarn.

Wien, 31. März. (TU.) Nach den letzten Meldungen soll gestern abend 9 Uhr in Steinamanger tatsächlich die Militärdiktatur für ganz Westungarn ausgerufen worden sein. Die Armee des Obersten Lehar in Stärke von 16 000 Mann, also ungefähr die Hälfte der ganzen ungarischen Armee, soll auf den Exkönig Karl verpflichtet worden sein. Der Gouverneur von Westungarn, Graf Sigray, soll sich ebenfalls auf die Seite des Exkönigs gestellt haben. In Wien war heute vormittag eine Bestätigung dieser Nachricht noch nicht eingetroffen. Diese Gerüchte wurden bereits gestern abend von einer der hiesigen ungarischen Gesandtschaft nahestehenden Seite geflissentlich verbreitet und hinzugefügt, daß Abgesandte der Budapester Regierung in Steinamanger erschienen seien, um mit dem Exkönig und dessen militärischen Ratgebern zu konferieren. Es wurde behauptet, daß auch andere Garnisonen in Ungarn sich bereits für König Karl entschieden haben. Zur Stunde läßt sich Tatsächliches nicht mitteilen, doch steht fest, daß für den Fall, daß Exkönig Karl an der Spitze der Truppen von Steinamanger nach Budapest ziehen sollte, es zu blutigen Konflikten kommen würde. Seltens der Tschechen und Südslawen werden an den Grenzen bereits militärische Vorkehrungen getroffen.

Bergarbeiterstreik in England.

London, 1. April. Mit dem Beginn des Bergarbeiterstreiks, der sich auf andere Arbeitergruppen ausdehnen wird, ist für heute früh zu rechnen. Man sieht dem Konflikt mit Spannung entgegen. Die Regierung erklärte aus diesem Anlaß den Ausnahmezustand.

London, 1. April. (Reuter.) Die Eisenbahn- und die Transportarbeiter, die mit den Bergarbeitern verbündet sind, haben Versammlungen von Sonderabgeordneten für nächsten Mittwoch und Donnerstag einberufen, die sich darüber schlüssig machen sollen, welche Schritte im Zusammenhang mit dem Generalstreik der Bergleute, der gestern abend unvermeidlich erschien, eingeschlagen werden sollen.

Der Generalstreik der englischen Grubenarbeiter.

London, 31. März. (TU.) Der Hauptvorstand der Arbeiterförderation teilte gestern abend dem Arbeitsminister Hornes mit, daß beschlossen worden sei, morgen alle Arbeiter aus den Steinkohlengruben zurückzuziehen, einschließlich der Maschinisten und der Pumparbeiter. Beim vorigen Generalstreik waren die Arbeiter, die bei den Grubenpumpen beschäftigt waren, an der Arbeit gelassen worden.

Die Kämpfe in Kleinasien.

Konstantinopel, 31. März. Nach den letzten Meldungen aus Anatolien wird das kemalistische Heer auf der Linie Erischeher—Afium—Karahisjar zusammengezogen, wo es zweifellos zu den ersten ernsthaften Zusammenstößen kommen wird. Im Hintergelände wird eifrig an der Schaffung einer zweiten Verteidigungslinie gearbeitet. Fünf weitere Jahrgänge wurden dringend unter die Fahnen gerufen.

Konstantinopel, 31. März. Der anatolische Kriegsbericht vom 29. März meldet, daß auf der Front von Brusa sämtliche Angriffe der Griechen abgewiesen wurden, die kemalistischen Gegenangriffe die Griechen zwangen, auf ihre Ausgangsstellungen zurückzugehen. Von der bei Ismid werten nur Patrouillenunternehmungen gemacht. Die Nationalversammlung in Angora hat beschlossen, sofort die drei Jahrgänge 1911, 1912 und 1913 und sämtliche Offiziere zu den Waffen zu rufen.

Teilnahme der Tschechoslowakei an den wirtschaftlichen „Sanktionen".

Prag, den 31. März. (TU.) Das „Prager Tagblatt" bringt heute die Meldung, daß beim tschechoslowakischen Ministerium des Aeußern eine Note der Entente eingetroffen sei: Die Tschechoslowakei möge sich an den Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland auf gesetzlichem Wege beteiligen. Diese Note, meint das Blatt, bezwecke offenbar den Wunsch, daß ebenfalls in der Tschechoslowakei der 50 proz. Zuschlag auf die Preise der aus Deutschland stammenden Waren eingeführt werde, während an die Teilnahme der Tschechoslowakei an militärischen Sanktionen nicht gedacht werde. Eine Antwort auf die Note der Entente sei bisher nicht erfolgt.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Kurz vor Ostern hat eine Sachverständigenkonferenz über die Frage des Wiederaufbaues Nordfrankreichs berichtet. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." hört, findet am Sonnabend eine Besprechung der beteiligten Ministerien über diese Frage statt. Es ist beabsichtigt, einen neuen Plan für den Wiederaufbau Nordfrankreichs auszuarbeiten.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(Nachdruck verboten.)

Erstes Buch.

Kurz Kohle's Reich.

Am Saume des Gebirges lag die Stadt Pedro: eine verstreute Ansammlung von Läden und Wirtshäusern, von denen aus die Zweigbahnen nach den Canons liefen, sie mit Nahrung versorgend. Die ganze Woche über schlief die Stadt friedlich und still, an Samstagabenden jedoch, wenn die Bergleute herunterkamen und die Farmer zu Pferd oder in Automobilen anlangten, erwachte in ihr gierendes Leben.

Auf der Bahnstation verließ eines Tages, spät im Juni, ein junger Mann den Zug. Er mochte etwa einundzwanzig Jahre zählen, hatte feine, ausdrucksvolle Züge und braunes, leichtgewelltes Haar. Er trug einen verschossenen, fadenscheinigen Anzug, den er in jenem Viertel seiner Vaterstadt gekauft, wo jüdische Händler ihre Waren auf dem Trottoir feilbieten; sein Hemd war blau und schmutzig, und die schweren Stiefel hatten bereits viel Arbeit geleistet. Auf seinem Rücken waren noch andere Kleidungsstücke und eine Decke geschnallt, in seiner Tasche lagen ein Kamm, eine Zahnbürste und ein kleiner Spiegel.

Im Raucherabteil des Zuges hatte der junge Mann den Gesprächen über die Kohlengruben gelauscht und sich den Akzent der Redenden einzuprägen versucht. Da er ausgestiegen, ging er noch einige Schritte das Geleise entlang, ergrub seine Hände in Asche und streute auch über sein Gesicht ein wenig davon. Nachdem er das Resultat im Spiegel betrachtet, schlenderte er die Hauptstraße von Pedro entlang und betrat nach einigem Nachdenken einen kleinen Tabakladen. Mit einer Stimme, die er so mürrisch als möglich machte, fragte er die Besitzerin: „Können Sie mir sagen, wo ich zur „Fichten-Schlucht-Grube" gelange?"

Die Frau sah ihn an, und es lag keinerlei Verdacht in ihrem Blick. Sie erteilte ihm die gewünschte Auskunft, und er fuhr mit einer Droschke bis zum Fuß des „Fichten-Schlucht-Canons", von wo aus er noch dreizehn Meilen zu Fuß gehen mußte. Es war ein sonniger Tag, der Himmel leuchtete in kristallener Klarheit, frisch und belebend wehte die Bergluft. Der junge Mann schien fröhlich zu sein: wie er so dahinwanderte, sang er ein Lied, das aus vielen Strophen bestand:

„Der alte König Kohle ist ein fröhlicher Kauz,
Ein fröhlicher Kauz ist er sicherlich;
Er hat eine Schule voll Wissen gegründet,
Hurra für dich und für mich!

Oh, Liza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Apfelbaum scheint der Mond so hell.
Oh, Liza-Ann, ich singe an
Zu singen das Lied von Harrigan!

Er treibt sie und treibt, der fröhliche Kauz,
Die Räder der Industrie,
Seiner Pfeife und seinen Schüsseln zuliebe,
Und seiner Schulphilosophie.

O Mary-Jane komm in die Allee.
Es scheint der Mond dort, so weiß wie Schnee;
O Mary-Jane, du sollst lauschen mir,
Ich singe das Lied von Harrigan dir!

Hurra für König Kohl' und die schwere Geldrolle
Und die Räder der Industrie!
Hurra seine Pfeife, seine volle Schüssel.

O Liza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Apfelbaum scheint der Mond . . ."

Und so ging es weiter und weiter, solange eben der Mond in den Universitätspark geschienen hatte. Es war ein Gemisch jenes übermütigen Unsinns und der ernsten Fragen, mit denen die moderne Jugend, in letzter Zeit begonnen hat, die Alten zu quälen. Als Marschlied hatte der Sang ein etwas zu schnelles Tempo, doch blieb Hal Warner zuweilen stehen, brüllte sein Lied den Felswänden entgegen, lauschte ihrer Antwort und wanderte dann weiter. Zugend blühte in seinem Herzen und Liebe und Neugierde; auch besaß er in seinen Taschen etwas Kleingeld und für den äußersten Notfall eine Zehndollarnote in seinem Gürtel eingenäht. Hätte von ihm ein Photograph an jenem Morgen für Peter Harrigans Allgemeine Beheizungsgesellschaft eine Momentaufnahme gemacht, das Bild würde sich vorzüglich als das „Porträt eines Kohlenbergmannes" für ein Heft der „Wohlhabenheit und Zufriedenheit" geeignet haben.

Doch war der Weg ein steiler und beschwerlicher; nach einiger Zeit begann der Wanderer das Gewicht seiner Stiefel zu fühlen, und sein Gesang verstummte. Da die Sonne hinter dem Canon versank, hatte er seinen Bestimmungsort erreicht — ein Tor, das die Straße absperrte und auf dem zu lesen war:

Fichten-Schlucht-Kohlen A.-G.
Privateigentum.
Eintritt verboten.

Hal näherte sich dem eisernen, versperrten Tor. Nachdem er einen Augenblick verharrt, um seiner Stimme den rechten Tonfall zu verleihen, gab er dem Tor einen Fußtritt, worauf ein Mann aus einem Bretterverschlag trat.

„Was wollen Sie?" fragte er.

„Ich will hinein. Ich suche Arbeit."

„Woher kommen Sie?"

„Aus Pedro."

„Wo haben Sie bisher gearbeitet?"

„In einer Spezereihandlung."

„In welcher?"

„Peterson u. Co., Western City."

Der Wächter trat näher ans Tor und betrachtete ihn durch das Gitter.

„He, Bill," rief er, und ein zweiter Mann trat aus dem Verschlag. „Dieser Kerl sagt, daß er in einer Spezereihandlung gearbeitet hat, und nun sucht er Arbeit."

„Wo sind Ihre Papiere?" fragte Bill.

Jedermann hatte Hal erzählt, daß es im Bergwerk zu wenig Arbeiter gäbe und daß sich die Gesellschaft gierig auf jeden einzelnen stürze; er hatte gemeint, ein Arbeiter brauche bloß anzuklopfen, und es würde ihm aufgetan. Er glaubte mit Bestimmtheit, daß selbst ein Trunkenbold in dem Kohlenreviere Einlaß fände.

Die beiden jedoch machten nicht Miene, das Tor zu öffnen. Der zweite betrachtete ihn vom Scheitel bis zur Sohle, und Hal hatte die peinliche Empfindung, verdächtig zu werden. „Es ist alles in Ordnung," sagte er. „Lassen Sie mich ein, und ich werde es Ihnen beweisen."

Doch die beiden rührten sich noch immer nicht; sie sahen einander an, dann erwiderte Bill: „Wir brauchen keine Arbeiter."

„Ich habe doch im Canon einen Anschlag gesehen!" rief Hal aus.

„Das ist ein alter Anschlag," erwiderte Bill.

„Und bin deshalb den ganzen Weg hergegangen!"

„Der Rückweg wird Ihnen leichter fallen."

„Aber — es ist bereits Nacht."

„Fürchtet sich das Kind im Dunklen?" spottete Bill.

„Hören Sie," entgegnete Hal, „bieten Sie mir doch wenigstens eine Möglichkeit. Kann ich nicht meine Verpflegung irgendwie bezahlen, wenigstens ein Lager für heute Nacht?"

„Es gibt hier nichts für Sie," sagte Bill, wandte sich um und schritt in den Verschlag zurück.

Der andere Mann verharrte ruhig, wartete und beobachtete den Ankömmling mit feindseligen Blicken. Hal versuchte, ihn zu erweichen, erhielt aber bloß dreimal die Antwort: „Packen Sie sich den Canon hinunter!" So gab er denn schließlich nach, ging ein paar Schritte weiter und setzte sich hin, um zu überlegen.

Es deuchte ihn wirklich ein völlig unlogisches Verfahren, Anschläge mit den Worten: „Arbeiter werden gesucht" an in die Augen fallenden Stellen der Straße anzubringen, so daß man darauf in dreißig Meilen durch ein Bergkanon hinaufrennen, bloß um dann ohne jegliche Erklärung wieder fortgeschickt zu werden. Hal war überzeugt, daß es innerhalb der Umzäunung Beschäftigung genug gab und daß er, gelänge es ihm, die Aufseher zu sprechen, sie wohl zu überreden verstände. Er erhob sich und schritt abwärts, die Straße entlang, bis zu jener Stelle, wo die durch den Canon führende Eisenbahn den Weg kreuzte. Ein Zug leerer Wagen, der dem Kohlenrevier zustrebte, fuhr eben vorbei; die Karren rasselten und dröhnten, die Lokomotive keuchte mühsam den Anstieg herauf. Dies erschien ihm eine günstige Gelegenheit, die Frage zu lösen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210401-15/fragment/page=0002

Bayern drängt auf die Entwaffnung.

München, 20. März. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, weilte in der vergangenen Woche der Reichsjustizminister Dr. Heinze und der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters in München, um im Auftrage der Reichsregierung der bayrischen Regierung den Standpunkt der Reichsleitung in bezug auf die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren vorzutragen. Dem Vernehmen nach hatten die beiden Herren keine Gelegenheit, sich ihres formellen Auftrages zu entledigen. Doch hatte Reichskommissar Peters eine Unterredung mit dem bayrischen Entwaffnungskommissar Dr. Rotz, während Reichsminister Dr. Heinze eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten von Kahr hatte. Es ist anzunehmen, daß die bayrische Regierung auch angesichts der Tatsache, daß sie auf Ersuchen der Reichsleitung ein Drittel des bayrischen Reichswehr-Kontingentes zur eventuellen Hilfsleistung nach Mitteldeutschland entsandt hat, ihren Standpunkt bezüglich der Entwaffnungsfrage vorläufig nicht revidieren wird.

Kampf zwischen Arbeitswilligen und Kommunisten.

Duisburg, 31. März. (TU.) Das Kruppwerk in Rheinhausen war heute morgen der Schauplatz eines blutigen Kampfes zwischen arbeitswilligen Arbeitern und den seit gestern das Werk besetzt haltenden Kommunisten, die gewaltsam jede Arbeit verhinderten. Heute morgen 6 Uhr wurde das Eingangstor des Werkes von einer nach Tausenden zählenden Menge arbeitswilliger Arbeiter gestürmt und die Kommunisten angegriffen, von denen 6 bis 8 verwundet wurden. In den Kampf griffen belgische Besatzungstruppen ein, die etwa 20 Kommunisten verhafteten und sofort abtransportierten. Die Arbeit auf dem Werk ist wieder aufgenommen.

Keine Stimmung für den Generalstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 31. März. (TU.) Die Absicht der Kommunisten, die Braunschweiger Arbeiterschaft in den Generalstreik zu treiben, ist fehlgeschlagen. Die Arbeiterschaft ist des ewigen Parteihaders müde und sehnt sich nach Ruhe. Durch Betriebsabstimmungen hat sich die Ablehnung des Generalstreiks kundgegeben. Eine Mittwoch abend von den Kommunisten unter freiem Himmel veranstaltete Versammlung nahm einen kläglichen Verlauf.

Deutschnationale Konjunkturpolitiker.

Am 24. März schrieb die „Deutsche Tageszeitung":

„Wo bleibt die Reichsregierung? Es ist doch tief beschämend für sie, daß selbst ein Hörsing mehr Verständnis für die Gefährlichkeit der Lage zeigt, als eine bürgerliche Regierung."

Das war, nachdem Hörsing die Polizeiaktion gegen das Verbrechertum in Mitteldeutschland verkündigte. Damals war Hörsing der bessere Mann, besser sogar als die Reichsregierung. Jetzt ist er schlapp, jetzt greift er nicht durch, jetzt taugt er nichts mehr. So kann man jeden Tag in der rechtsstehenden Presse lesen, und auch die „Deutsche Tageszeitung" schreibt am 29. März ganz im Gegensatz zu ihren Auslassungen vom 24. folgendes:

„Es ist ganz klar, daß man mit der Revolutionsseuche so lange nicht fertig wird, als die Sozialdemokratie in ausschlaggebender Stellung an der Regierung beteiligt ist."

Einmal so, einmal anders. Gerade wie's trifft! Die deutsche rechtsstehende Presse macht es nicht anders.

Kohlenpreiserhöhung.

In einer **gemeinsamen** Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurde gegen eine Stimme beschlossen, eine Preiserhöhung von 28 Mark pro Tonne vorzunehmen, wovon 5 Mk. in einen Fonds zur Beschaffung billiger Lebensmittel für die Bergleute fließen.

Das deutsche Eigentum in Italien. Dem „Tempo" zufolge ist die italienische Regierung gegen eine Gesamtabfindung von einer Milliarde Papierlire bereit, das deutsche Eigentum in Italien zurückzugeben.

Ansiedlung ukrainischer Flüchtlinge in Bayern? Wie mitgeteilt wird, weilte eine amtliche Kommission, darunter ein Kommissar der Reichsregierung, im Lager Lechfeld. Es handelt sich um den Plan, dort ukrainische Flüchtlinge unterzubringen und sie später vielleicht dort anzusiedeln.

Erdstöße im westlichen Vogtland. Zwei heftige Erdstöße wurden am Mittwoch nachmittag kurz nach 3 Uhr und gegen 6 Uhr in Falkenstein wahrgenommen, wobei der letztere einer unterirdischen Explosion glich.

Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Versicherungen.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen um sich mit dem vom Reichsrat bereits angenommenen Entwurf einer Verordnung über die Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionseinrichtungen zu beschäftigen.

Nach dieser Verordnung haben diejenigen in einem privaten Betrieb oder einer privaten Verwaltung beschäftigten Personen, die durch den Arbeits- oder Dienstvertrag verpflichtet sind, privaten Fabrik-, Betriebs-, Firmen-, Haus-, Verwaltungs-, Seemanns-, Pensionskassen u. ä., wenn auch nicht mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen für Arbeiter und Angestellte beizutreten, die Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenunterstützungen gewähren Anspruch auf Rückgewähr von Beiträgen, wenn sie in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 auf Grund der Verpflichtung in das Versicherungsverhältnis eingetreten sind.

Ist ein Versicherter in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1919 aus der Beschäftigung und der Versicherung ausgeschieden, so sind ihm auf Antrag die laufenden Beiträge, Eintrittsgelder u. ä. Zahlungen, welcher er auf Grund der vertraglichen Versicherungspflicht aus eigenen Mitteln nach dem 1. August 1914 bis zum Ausscheiden geleistet hat, ohne Zinsen zurückzugewähren. Der Anspruch auf Rückgewähr besteht nicht, wenn der Versicherte nicht mindestens drei Monate der Kasse angehört und die Beiträge für diese Zeit entrichtet hat.

Mit dem Empfange der Rückgewähr erlöschen die aus den von der Rückgewähr betroffenen Beitragszeiten erwachsenen Rechte.

Ein Anspruch auf Rückgewähr besteht nicht, wenn der Versicherungsfall eingetreten ist und die Leistungen bereits gewährt werden.

Die in der Zeit vor dem 1. August 1914 auf Grund der Verpflichtung in das Versicherungsverhältnis eingetretenen Versicherten, welche in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1919 aus der Beschäftigung und der Versicherung wieder ausgeschieden sind und bei dem Ausscheiden nicht eine Rückgewähr oder geschäftsplanmäßige Abfindung erhalten haben, die ihrem Werte der vertraglichen Versicherungspflicht aus eigenen Mitteln geleisteten laufenden Beiträge, Eintrittsgelder und ähnlichen Zahlungen erreicht, haben Anspruch auf den Unterschied zwischen diesem Betrag und der tatsächlich erhaltenen Rückgewähr oder Abfindung.

Der Reichstagsausschuß stimmte dieser Verordnung auch seinerseits einstimmig zu, unter vorläufiger Zurückstellung wesentlicher Bedenken, die auf die Leistungsfähigkeit der Hilfs- und Pensionskassen gerichtet sind und die besonders die ständigen Arbeiter in den fraglichen Betrieben betreffen.

Ueber den Rahmen des Entwurfs hinausgehende Resolutionen der Sozialdemokraten, nach welchen besonders die Rückzahlungen der Pensionskassen den Zeitraum vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1920 umfassen sollen, wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Grundwertsteuer als Ersatz der Gemeindezuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer.

Von Fr. Schmidt-Gröbers.

Die Gemeinden und Kreise können an Stelle der Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer eine Steuer nach dem Werte der Grundstücke und Gebäude einführen. Von dieser Befugnis haben bisher nur die größeren Stadt- und Landgemeinden Gebrauch gemacht. Die Steuer ist aber auch in den kleinen Gemeinden überall da am Platze, wo durch die industrielle Entwicklung der Wert einzelner Gemarkungsteile ganz erheblich gestiegen ist. Das trifft insbesondere auf sehr viele Landgemeinden unseres Regierungsbezirkes Merseburg zu. Die Grundsteuer ist nach dem damaligen Reinertrage bereits im Jahre 1861 festgesetzt worden und seitdem unverändert geblieben. Grundstücke, welche damals als Sumpf- oder Sandboden ohne Ertrag waren und daher steuerfrei sind, sind dies noch heute, obwohl vielleicht das Sumpfland durch Entwässerung ertragreiches Ackerland oder der Sandboden durch die darunter befindlichen Kohlen wertvoller Besitz geworden ist. Die Gemeinden mögen in ihrer Not die Grundsteuerzuschläge noch so hoch schrauben, diese Grundstücke treffen sie doch nicht, und deren meist wohlhabende Eigentümer gehen fast frei aus. Hier wirkt nun die Grundwertsteuer in gerechter Weise regulierend. Alle Grundstücke und Gebäude werden nach dem gemeinen Werte (d. i. der Verkaufswert) eingeschätzt und von dem Werte ein prozentualer Teil als Steuer erhoben. Die Grundwertsteuer und ihre Wirkungsweise sei an dem nachfolgenden Beispiele erläutert: In einer Gemeinde beträgt die Gebäudesteuer 1000 Mark, die Grundsteuer 2000 Mark. Es müssen hiervon 600 Prozent Gemeindezuschläge erhoben werden, also zusammen 18 000 Mark. Die Gebäude sind mit 100 000 Mark, die Grundstücke mit 4 000 000 Mark Wert, zusammen 4 100 000 Mark eingeschätzt. Um die 18 000 Mark nach dem Werte aufzubringen, müssen 4½ vom Tausend des Wertes erhoben werden. Die Gebäude, welche bei 600 Prozent Zuschlägen 6000 Mark aufgebracht hätten, bringen bei 4½ vom Tausend Grundsteuer nur 4500 Mark auf; sie sind also entlastet. Ein unbebautes Grundstück, welches als Sandboden vielleicht mit 25 Pfennig Grundsteuer pro Morgen veranlagt, jetzt aber wertvolles Bauland ist, hätte bei 600 Prozent Zuschlägen 1,50 Mark Steuer zu zahlen. Es ist aber bei der Grundwertsteuer mit 8000 Mark eingeschätzt, und beträgt die Grundwertsteuer bei 4½ vom Tausend 36 Mark.

Das Kommunalabgabengesetz gestattet aber nun weiter, die Steuer abzustufen und einzelne Grundstücksarten mit verschiedenen Sätzen heranzuziehen. Es können z. B. die Steuersätze für Bauterrains erhöht werden, was den Gebäuden und den weniger wertvollen Grundstücken zugute kommt.

In sehr vielen Gemeinden unserer Gegend haben Spekulanten den Grundstückseigentümern das Recht zum Abbau der Kohlen für 1200 bis 2000 Mark pro Morgen abgekauft. Führt die Gemeinde eine Grundwertsteuer ein, so kann sie diese Grundstücke um den Betrag, der für das Kohlenabbaurecht bezahlt ist, höher bewerten und damit höher besteuern.

Die Kreise können beschließen, daß der auf die Grund- und Gebäudesteuer entfallende Anteil der Kreissteuer durch eine Grundwertsteuer nach dem gemeinen Wert ersetzt wird. Dabei soll der Bewertung von Grundstücken, welche dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, nicht der Wert, sondern der Reinertrag zugrunde gelegt werden. Diese Bestimmung stammt noch aus einer Zeit, als in Preußen im Abgeordnetenhause und im Herrenhause Agrarier Trumpf war. Dadurch sollten namentlich die Rittergutsbesitzer geschont werden. Unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen ist diese Bestimmung noch weniger am Platze als früher. Im Interesse einer gerechteren Steuerpolitik der Kreise sollte sie sobald wie möglich aufgehoben werden. Aber auch jetzt schon könnten die Kreise die für das Kohlenabbaurecht gezahlten Beträge den Ertragswerten hinzurechnen.

(Anmerkung der Redaktion. Die Parteigenossen, welche als Stadtverordnete und Gemeindeverordnete tätig sind und sich für die Grundwertsteuer interessieren, können Entwürfe zu einer Steuerordnung und Anleitungen für das Einschätzungsverfahren von uns beziehen.)

Hugo Stinnes, der Politiker.

Von Richard Woldt.

In einer illustrierten Zeitschrift wurden kürzlich die Bilder von solchen Zeitgenossen gebracht, über die man in der Oeffentlichkeit jetzt besonders spricht. Neben einem bekannten Filmschauspieler, einem Athleten, einer künstlichen Tagesberühmtheit befand sich auch das Bild von Hugo Stinnes. Dieser Mann wird in der Oeffentlichkeit allerdings viel genannt. Er hat als Unternehmer seine Machtsphäre nicht nur kommerziell erweitert, sondern läßt auch in das politische Leben seinen Einfluß spielen.

Wir in der Sozialdemokratie haben uns mit dem Unternehmerproblem in der modernen Wirtschaft eingehend auseinandergesetzen. Mit ein paar allgemeinen Redewendungen kommen wir nicht weiter. Die These, daß der Unternehmer nur eine Schmarotzerpflanze an dem Baum der kapitalistischen Wirtschaft darstellt, stimmt nicht. Hier wirken „motorische Kräfte", die mit wirtschaftlichen Tatsachensinn richtig zu erkennen sind. Die Entwicklung der nächsten Zeit muß lehren, ob alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß die kapitalistische Wirtschaft vom Sozialismus abgelöst werden kann, ob die neuen Menschen vorhanden sind, die als Wirtschaftsführer uns in die neuen Bahnen der sozialistischen Produktionsweise hinüberleiten können.

Man kann als Sozialist sich zur entschiedensten Gegnerschaft eines Stinnes bekennen und trotzdem der Ansicht sein, daß die moderne Wirtschaft Leute von großem Format braucht, von genialem Unternehmergeist, lebendiger Initiative und fortreißendem Expansionsstreben. Wir haben als Sozialisten zu beweisen, daß wir heute gleichwertige Repräsentanten für die Wirtschaft der Zukunft einem Hugo Stinnes gegenüberstellen können.

Eine andere Frage ist aber, ob solche Männer wie Hugo Stinnes, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Machtstellung in das politische Leben einzugreifen die Möglichkeit haben, nicht zugleich zu einer politischen Gefahr werden können.

Im Auswärtigen Ausschuß hat Hugo Stinnes gegen die jetzige Regierungspolitik und vor allen Dingen gegen den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons vorgestoßen. Er hat die Außenpolitik des gesamten Kabinetts angegriffen und hervorgehoben, daß hier keine führenden Ideen vorhanden seien, daß man planlos und ohne Weitblick der entscheidungsvollen Situation gegenübergestanden habe. Wir wollen der Debatte nicht vorgreifen, welche Einwendung man gegen das Auftreten Dr. Simons in London erheben kann. Hier kommt es uns auf eine andere Betrachtung an, nämlich auf den Hinweis, daß ein Mann wie Hugo Stinnes, wenn er in das politische Leben sein eigenes persönliches Werturteil in die Entscheidung hineinwirft, er von einer falschen geistigen Disposition aus die Dinge betrachtet.

Der privatkapitalistische Unternehmer großen Stils ist ein schlechter Politiker. Er muß es sein. Wenn wir die Psychologie des deutschen Unternehmers im Verlaufe des letzten halben Jahrhunderts betrachten, so finden wir darunter keinen Mann, der sich hätte erfolgreich politisch auswirken können. Dafür fehlt dem Unternehmer der Sinn, die innere Disposition. Er ist gewohnt, nur mit wirtschaftlichen Kräften zu rechnen und zu ringen, mit Dingen zu arbeiten, die als Material von ihm widerstandslos geformt werden können. Er ist nicht eingestellt auf den Menschen. Er ist nicht eingestellt auf Massenpsychologie und Völkerpsychologie. Das Feingefühl für psychologische Massenerscheinungen wird ihm fehlen. So sind die unmittelbaren Voraussetzungen nicht vorhanden, die der Politiker bewältigen muß.

Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Der Politiker muß die Gabe besitzen, all die Imponderabilien, das Unwägbare in dem Empfindungsleben eines Volkes verstehen und begreifen zu können. Er muß ein Schachspieler sein, die Kräfte und Gegenkräfte hat er richtig zu überschauen, um Menschenmassen für seine Gedanken, für seine Ziele fortreißen zu können.

Aber seine Menschenkenntnis muß sich zu einem verständnisvollen Einfühlen in die Massenpsychologie seines eigenen Volkes, und, wenn es sich um außenpolitische Dinge handelt, muß er sich auf dem Gebiet der Völkerpsychologie zurechtfinden.

Für die Unmöglichkeit dieser Voraussetzungen gibt gerade Hugo Stinnes, der Mann der großen wirtschaftlichen Macht, und der Mann, der für das politische Leben soviel hinter sich hat, das allerbeste Beispiel. Wir sind weit entfernt, bei jeder Gelegenheit auf Hugo Stinnes losposaunen zu wollen. Wir glauben, daß es notwendig ist, einen Mann wie Stinnes sorgfältig in seiner komplizierten Persönlichkeit zu erfassen. Aber zugleich läßt sich doch erkennen, welch ein Manko in der Urteilsfähigkeit für die Massen- und Völkerpsychologie die Unternehmernaturen dieser Art besitzen.

Soll man an das Auftreten von Hugo Stinnes in Spa erinnern? Weshalb hat die Rede von Otto Hue im Interesse Deutschlands einen viel besseren Eindruck und auch ganz andere Wirkungen hinterlassen müssen, als die „Abrechnung", die Hugo Stinnes glaubte, mit den Feinden Deutschlands vorzunehmen? Weil Hue wußte, wie man im Ausland über uns denkt, uns als Volk beurteilt, welche Kräfte und welche Argumente die chauvinistische Presse in der Entente zur Auswirkung bringt, um gegen uns mobil zu machen.

Hugo Stinnes hat dafür kein Organ. Er sieht die Dinge von dem Gesichtswinkel seines Herrscherwillens. Der deutsche Unternehmer Hugo Stinnes sieht als Industriekapitän von seiner Kommandobrücke das Ausland so, wie er gewohnt ist, wirtschaftliche Tatsachen ohne Beziehung zu den Menschen zu betrachten.

Ein zweites Beispiel ist der Vorgang, der sich jetzt an der Wasserkante abspielt hat. Stinnes hat seine ersten Schiffe vom Stapel laufen lassen und auf die Namen „Hindenburg" und „Tirpitz" getauft. Er will nun seinen Willen durchsetzen und dem dritten Schiff den Namen „Ludendorff" geben.

Mindestens die Namen „Tirpitz" und „Ludendorff" muß man als eine Provokation gegen das Gefühl nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise des deutschen Volkes betrachten. Wie kann man jetzt in einer Zeit, in der wir gerade die furchtbaren Wirkungen spüren, die Lasten zu tragen haben, in die uns jene alte Wilhelminische Politik gebracht hat, eine solche Herausforderung unternehmen!

Es wird uns mitgeteilt, daß Herr Stinnes während des Krieges sein Versprechen abgegeben habe, die ersten Schiffe in „besseren Tagen" auf die Namen dieser Männer laufen zu lassen. Wir haben aber keine besseren Tage. Erbittert ist die Stimmung, besonders auch der deutschen Arbeiterkreise, über die furchtbare Situation, die wir nun zu überwinden haben. Wenn es einem Stinnes ernst ist, die Arbeiterschaft als mitschaffenden Faktor in der Wirtschaft anzuerkennen, dann muß das allerelementarste Feingefühl, daß der Mann des politischen Lebens mitzubringen hat, ihn davon abhalten, in einer solchen Frage und in der gegenwärtigen Situation die Arbeiterschaft derartig zu provozieren.

Welch eine Vorstellung muß sich Hugo Stinnes, der Täufer der Schiffe „Hindenburg" und „Tirpitz", vom Ausland machen, von den Empfindungen, die ausgelöst werden, wenn draußen in der Welt, in den Häfen der Alliierten, deutsche Schiffe als Sendboten deutscher Arbeit die Anker lichten, an deren Bug die Namen „Hindenburg" und „Tirpitz" prangen.

Hugo Stinnes klagt die jetzige Regierung an, daß keine politischen Führernaturen sich durchgesetzt haben. Zum Führer aber ist Verständnis für das Innenleben der Gesamtheit eines Volkes notwendig. Zum politischen Führertum taugt nicht ein Mann, der es über sich bringt, in einer solchen erregten Zeit der Arbeiterschaft Deutschlands einen derartigen Faustschlag zu versetzen. Zum Führer taugt auch nicht ein Mann, der das Ausland politisch unter ganz falschen Gesichtspunkten betrachtet.

Das ist Desperadopolitik. Das ist Herrenmenschentum in der Wirtschaft auf das Politische übertragen. Das ist das Unterordnen des Gemeinsamkeitsinteresses unter sein persönliches Herrscherbewußtsein.

So ist Hugo Stinnes, weil er kein Politiker ist, weil ihm die elementarsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit im politischen Leben fehlen, mit aller Sachlichkeit, aber auch mit aller Entschiedenheit als Politiker zu bekämpfen.

Stinnes und die Alpine-Montangesellschaft

Mit dem Uebergang der Aktienmehrheit der Oesterr. Alpine Montangesellschaft an die Stinnes-Gruppe ist, wie die „Frankf. Ztg." mitteilt, das größte Industrieunternehmen Deutschösterreichs unter den maßgebenden Einfluß von Hugo Stinnes und seines Riesenkonzerns gekommen. Die Verhandlungen hatten monatelang gedauert, und das ist begreiflich, denn es dreht sich um ein Objekt, dessen Marktbetrag immerhin eine neunstellige Ziffer ausmacht, von der Umrechnung in österreichische Kronen — der Wiener Kurs kam jüngst zeitweise fast an 10 000 Kronen (jetzt 9100) gegen durch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210401-15/fragment/page=0003

schnittlich etwa 500 bis 900 Kronen in den letzten Friedensjahren — ganz zu schweigen. Das jetzt gerade 40 Jahre bestehende Unternehmen hatte anfangs mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, seit den 90er Jahren aber eine günstige Entwicklung bei im ganzen sehr befriedigender Rentabilität genommen. Die Rekordproduktion wurde inmitten des Krieges erreicht, und zwar 1916 mit 23 669 000 Dz. Roheisen, 6 378 000 Dz. Roheisen und 3 002 000 Dz. fertigen Walzerzeugnissen. Nach dem Zusammenbruch haben sich dann die Produktionsverhältnisse so verschlechtert, daß 1919 kaum noch ein Zehntel dieser Ergebnisse, in der Erz- und Roheisengewinnung und weniger als ein Viertel der Walzware hergestellt werden konnten. 200 000 Stück Alpine-Montanaktien hatte im Juni und Juli 1919 die Turiner Fiat-Gruppe zusammengekauft, wodurch sie maßgebenden Einfluß auf die Gesellschaft gewann. Dennoch kamen die Italiener bald zur Einsicht, daß ihnen die Erlangung der Aktienmajorität nicht im geringsten von Nutzen sei. Die Italiener befanden sich in der Lage eines Mannes, der ein Pferd kauft, aber kein Futter auftreiben kann, um es zu ernähren. Das dringendste, was die Gesellschaft brauchte — 600 000 Tonnen Kohs jährlich — konnten die Italiener nicht liefern. Man wandte sich dann an Hugo Stinnes und verhinderte gleichzeitig, daß das wertvollste Besitztum Deutschösterreichs in die Hände von Engländern und Franzosen gelangte. Stinnes erklärte sich bereit, sich für die Alpine Montangesellschaft interessieren zu können, wenn er die absolute Majorität der Aktien in Händen habe. Die Italiener nahmen die Forderungen Stinnes an. Die Angliederung der Alpinen Montangesellschaft ist nicht das einzige, was Stinnes im Sinne hat. Schon hat er auch die Majorität der Greinitz-Aktien in seinen Besitz gebracht. Greinitz-Aktiengesellschaft heißt eine große Eisenhandelsunternehmung in Graz und Triest, deren Umsatz im letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges 40 Millionen damaliger Kronen betrug. Sie hatte einen sehr ausgebreiteten Export, der sich unabhängig von der Inlandskonjunktur entwickelte. Ende Oktober v. J. waren die Greinitz-Aktien noch zu 2400 Kronen zu haben, jetzt stehen sie auf 7000. Die Dividende betrug in den letzten fünf Friedensjahren 10 bis 14 Kronen für die auf 200 Kronen lautende Aktie. Es heißt, daß auch die staatlichen Industriewerke Oesterreichs in seinen Besitz übergehen werden. Die Stinnesierung der Wirtschaft marschiert, das sieht man auch an diesem Vorgang wieder. Die Hand des Finanzriesen greift nach allen Himmelsrichtungen.

Provinz und Umgegend.

Wiederaufnahme der Arbeit im Mansfelder Revier.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Bergarbeiterorganisationen und den Bergwerksunternehmern haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Arbeit wird im Messingwerk, in den Reparatur- und Maschinenwerkstätten wieder aufgenommen. Der Betrieb der Schächte wird am Montag wieder aufgenommen, da vorläufig Mangel an Kohlen herrscht und die Schäden, die durch die Sprengungen verursacht wurden, erst beseitigt werden müssen. Die Lohnzahlung findet Sonnabend statt. Die Hetzer werden nicht wieder eingestellt.

Kempin verhaftet.

Auf dem Leipziger Hauptbahnhofe wurde heute früh der Haupträdelsführer des Leunawerkes, Kempin, der in Wirklichkeit Utzelmann heißt, festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Wettin. Kommunistische Räubereien. Heute morgen ist die hiesige Nebenstelle der Kreissparkasse von der roten Bande, die im Abrücken ist, um 18 000 Mark beraubt worden. Die Bande führte 18 Wagen mit sich. An dem letzten Wagen sind vier Pferde angehängt. Zwanzig Pferde haben die Aufrührer von Bieler mitgenommen. 17 Wagen stammen von Gutsbesitzer Beil in Gröbers. Der Amtmann Steiger war von ihnen festgenommen, ist später aber wieder freigelassen worden.

Mücheln b. Merseburg. Erschossen. Gestern abend wurde der hier stationierte Landjägeranwärter Koch von aufständischen Banden beschossen. Er wurde hierbei so schwer verletzt, daß er zwei Stunden später im halleschen Krankenhause verschied.

Gröbers. Kehrseite des Kommunistenputsches. Gestern fanden hier zahlreiche Verhaftungen statt. Neben einigen Drahtziehern der Bewegung hat man auch die Dummen mitgenommen, welche bei Bildung der Aktionsausschüsse in diese gegen ihren Willen eintreten mußten.

Liebenwerda. Lagebericht am 31. März 1921, vormittags 10 Uhr. Die Lage im Ländchen hat sich seit gestern mittag erheblich verschärft. Der von den besonnenen anwesenden Arbeitern empfohlene Beschluß, die Arbeit am gestrigen Vormittag wieder aufzunehmen, wurde von den unbesonnenen und Schwätzlichen abgelehnt. Die zum Teil bereits abgegebenen Waffen wurden bei den Behörden wieder herausgeholt und es fand eine neuerliche Bewaffnung statt. Die nunmehr Bewaffneten stehen zum größten Teil unter der Führung landfremder Verführer. In Bodwitz fanden im Laufe des gestrigen Nachmittags andauernd Haussuchungen statt. Ferner nahmen Reichswehrdienstrupps neuerdings Beitreibungen, vielfach von Maschinenbesitzern besonders in Großmehlen und in Dreihause vor.

Die Gutsbesitzer Weise, Höche und Sigesmund wurden gestern mittag neuerdings verhaftet, wohin sie verbracht wurden konnte bisher nicht festgestellt werden. Ebenso verhaftet wurde Schachtmeister Korbus von der Kohlengrube.

Die Arbeitswilligen in der Grube Kohne wurden von einer nach Hunderten zählenden Menge von Demonstranten mit Gewalt von der Arbeitsstelle vertrieben. Ebenso drangen Bewaffnete in die Maschinenhalle ein und trieben hier die Arbeitswilligen mit vorgehaltenem Gewehr von der Arbeitsstelle.

In der Nacht zu heute wurde der Bahndamm der Strecke Mühlenbeig in Richtung nach Westen von Aufständigen besetzt.

Dem Landjäger in Ortrand wurden die Waffen abgenommen.

Verschiedene Telephonleitungen sind von den Banditen abgeschnitten worden. Desgleichen ist von denselben ein Ueberwachungsdienst der Fernsprechleitung eingerichtet worden, wie einwandfrei festgestellt ist.

Osmünde. Abrechnung über den Märzopferfonds. Als im vergangenen Jahre nach den Märzunruhen für die Opfer gesammelt wurde, kamen erhebliche Geldbeträge und Lebensmittel zusammen. Eine einwandfreie Abrechnung über die Verwendung der Gaben ist bis heute noch nicht erfolgt. In einer der letzten Versammlungen der hiesigen kommunistischen Partei, deren Vorstand die Verantwortung für die Sammlung hat, wurde von einem Mitgliede eine eingehende Prüfung der Abrechnung verlangt, um den umlaufenden Gerüchten über Unregelmäßigkeiten entgegenzutreten. Der Vorsitzende Habertorn beantragte, eine Kommission zu wählen, die sofort die Abrechnung prüfen und darüber berichten sollte. Als das mißtrauische Parteimitglied eine solche „Prüfung" zwischen Tür und Angel beanstandete und den Antrag stellte, der Kommission zur Prüfung mindestens 8 Tage Zeit zu lassen, wurde ihm kurzerhand das Wort entzogen und der Ausschuß aus der kommunistischen Partei beschlossen, nach der Formel, wer nicht den Bonzen parliert, fliegt. Die Kommission hat nach einer „Prüfung" von wenigen Minuten berichtet, daß die Abrechnung in Ordnung sei, womit die Versammlung sich auf Anordnung des Vorsitzenden einverstanden erklärte. Damit kann aber diese Sache unmöglich erledigt sein. Die Geber und diejenigen, für welche die Gaben bestimmt waren, haben das Recht, restlose Aufklärung zu verlangen, ob alle Gaben ihrem Zwecke zugeführt worden sind. Allgemein spricht man davon, daß der Gutsbesitzer von Reuß hier nachträglich 6000 M. hergegeben habe. Ist das richtig, ist der Betrag in der Abrechnung enthalten und den Revolutionsopfern zugute gekommen? U. A. w. g. Da durch das persönliche, absolute Regiment in der hiesigen kommunistischen Partei die Aufklärung im Parteiinteresse verhindert ist, blieb nur der Weg in die Oeffentlichkeit übrig.

Bodwitz (Kr. Liebenwerda). Mitgliederversammlung. Am Montag, den 4. April, abends 1/2 8 Uhr, findet im Volkshause unsere Monatsversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen sämtliche Mitglieder, auch die Frauen, erscheinen. **Der Vorstand.**

Delitzsch. Stadtverordneten-Sitzung. Eine Sitzung der Stadtverordneten fand am 30. März in Delitzsch statt, einem für unsere Stadt denkwürdigen Tage, denn in allen Straßen wimmelte es von stahlbehelmten, mit den fürchterlichsten Mordinstrumenten bewaffneten Truppen, die einem Häuflein unruhiger Köpfe gegenüber „Ruhe und Ordnung" gewährleisten sollten. Es riecht das stark nach „Ordnungsblod". Nichtsdestoweniger ließen sich die Stadtverordneten bei ihren Verhandlungen durch das von außen herein dröhnende Gerassel der Panzerautos nicht stören. Vorsitzender Buhle eröffnete die Versammlung mit der Mahnung, sich durch die Ereignisse auf den Straßen in ihren Entschlüssen nicht beeinflussen zu lassen. Sodann trat man in die eigentliche Tagesordnung ein.

Punkt 1, betraf verschiedene Revisionen städtischer Kassen, bei denen eine Erinnerung nicht zu ziehen war.

2. Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Armenbezirksvorsteher. Dafür wurden 600 Mark, den Armenpfleger für die Sitzung 5 Mark bewilligt.

3. Wahl zweier Mitglieder zur Schul-Deputation. Nach kurzer Debatte wurden mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gewählt: 1. Der von den Kommunisten vorgeschlagene Max Härtel, Bismarckstraße; 2. der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagene Karl Peter, Lindenstraße.

4. Wahl eines Steuerausschußmitgliedes. Anstelle des Herrn Stadtrat Schimpf, der die Wahl abgelehnt hat, wurde Herr Schuhwarenjabrikant Richard Weise gewählt.

5. Es wurde ein Vermächtnis von 5000 Mark zur Pflege der Grabstätte des verstorbenen Schuhjabrikanten Franke angenommen.

6. Die Erhöhung der Badepreise im Krankenhause wurde angenommen.

7. Die Mehrkosten für den Heizkessel im Krankenhause (11 000 Mark) und für Verpflegung der Kranken im Krankenhause (10 000 Mark) wurden nachbewilligt.

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaftliches Fortbildungswesen.

Der erste Halbjahrskursus der Genossenschaftsschule des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurde am 23. März durch eine kurze würdige Abschiedsfeier geschlossen. Achtzehn Schüler aus allen Gauen Deutschlands, darunter drei Gasthörer, wurden sechs Monate lang gründlich in allen Zweigen der Theorie und der Praxis des Konsumgenossenschaftswesens unterrichtet. Neben zwei selbstbeschäftigten Lehrern waren eine große Anzahl Fachlehrer für Spezialfragen nötig. Fassungsgabe und Eifer der Schüler entsprachen den an sie gestellten, nicht eben geringen Anforderungen. Es ist ein ansehnliches Stück Arbeit geleistet worden, deren Früchte zweifellos den deutschen Konsumgenossenschaften zugute kommen werden. Der erste Versuch ermutigt jedenfalls zur Fortsetzung des begonnenen Werkes, da er die aufgewandten Mittel und Mühen sichtlich gelohnt hat.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftsleben Paul Tümmel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V. Hans Hörz; für die Inserate Wilhelm Herz; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Eilenburg. Sonnabend, den 2. d. M. ends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung der S. P. D. Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage. 2. Stellungnahme zur Bezirkskonferenz und Wahl der Delegierten. 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Merseburg. Wir bitten sämtliche Unterkassierer welche noch Sammelkisten, Wahlfondsmarken und Beitragsmarken inne haben, sobald als möglich im Parteibüro abzurechnen.

Der Vorstand.

Lebensmittel-Kalender.

Zwiebäcke und Keks sind bis auf weiteres in den bekannten Geschäften markenfrei erhältlich.

Amerikanisches Weizenmehl. Vom 1. April 21 ab erfolgt eine wesentliche Herabsetzung des Preises für das amerikanische Weizenmehl. Die Inhaber der Verkaufsstellen werden daher aufgefordert, dem Kriegsbrotausschußbüro binnen 3 Tagen ihren am 31. d. M. vorhandenen Bestand an amerikanischem Weizenmehl schriftlich anzugeben.

Beschwerden

über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung der Volksstimme mache man sofort in der Expedition, Große Ulrichstraße 27, damit sogleich Abhilfe geschaffen werden kann.

C. W. Trothe, Opt. Anstalt
Gegr. 1816 Fernspr 2916
Gr. Steinstrasse 16.

Belmar-Zigaretten
dick, rund, ohne Mundstück
zu 20 Pfg. pro Stück
Wiederverkäufer Sonderpreise
Zigarren-Import-Haus
Heinz Gronenberg
Grosse Ulrichstrasse 27.

Von d. Reise zurück
Prof. Kauffmann
Nervenarzt.
Suggestions u. Hypnosebehandlung
Halle a. d. Saale,
Löwenapotheke Markt.

Gas- u. Elektr. Lampen, Kocher, Plätten und alle Ersatzteile. Rohre, Drähte, Sicherungen, Schalter etc. etc. bis 100 Amp. Billigste Preise. Ladenverkauf. Gr. Steinstr. 11.
R. Litzenberg & Co. Metallw.-Fb. GmbH.
Reparaturen melde man Tel. 4025.

Diese Woche:

Kalbfleisch	Pfund nur	11.— Mk.
Rindfleisch zum Kochen	Pfund	11.— Mk.
Rindfleisch zum Braten	Pfund	13.— Mk.
Hammelfleisch	Pfund	13.— Mk.
Landschweinefleisch	Pfund	16.— Mk.
Gehacktes Rind- u. Schweinefl.	Pfund	14.— Mk.
Frische hausschlacht. Rot-, Leber-, Schwartenwurst	Pfund	16.— Mk.

Alles in großer Auswahl!
Rob. Hammer, Fleischermstr., Kl. Klausstr. 7 am Markt. Tel 2097.

Uhren- und Goldreparaturen gewissenh. persönl. Ausführung. Billigste Preisberechnung.
Hermann Kocu, Uhrmacher, Gelegenheitskäufe in Uhren u. Gold w billigst
Pfannenhöhe 1,

!!! Sommersprossen !!! verschwinden!
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover 52, Schliessfach 238.

Pa. Unterzeuge für Damen, Herren, Kinder.
Handschuhe, Strümpfe.
G. Liebermann, Geiststraße 42.

1687
Vernickeln, Erneuern von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haassengußler, Metallwarenfabrik, Barfüßerstr. 9. Telefon 7196. Gegründet 1839.

Bei krankh. Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie nicht wie die er vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und in Abnehmenden Geschäften. Hauptdepots: Adler-Apotheke, Geiststr. 13; Sanitäts-Depot, Leipzigerstr. 11; E. Kerkscher, Leipzigerstr. Ecke Poststraße; E. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. Alte Waltgott Apoth. Gr. Ulrichstraß. 30. Albert Schumann, Steinweg 46/47. Fritz Speer, Große Ulrichstraße 63.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Stellen finden.

Per sofort gesucht
1. Verkäuferin,
möglichst aus der Herrenartikel- und Herrenartikel-Branche zur Leitung unserer Filiale Halle, Gr. Ulrichstr. 58. Von Damen, die an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind, erbitten Offerten mit Bild, Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschrift an unsere Zentrale in Berlin
Deutscher Hut-Vertrieb Berlin, Calvinstrasse 14.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 2. April
Anfg. 5½, Ende 8½ Uhr:
Zweites Gastspiel
Gertrud Kappel
Fidelio
von Beethoven.
Leonore Gertrud Kappel
Sonntag nachm.:
Glaube und Heimat.
Tragödie v. Schönherr.
Sonntag abend:
Wenn Liebe erwacht.
Operette von Künneke.

Apollo-Theater
Sonnabend d. 2. April
Ab 5½ Uhr!
Uraufführung!
Unter persönl. Leitg. des Komponisten:
„Onkel Muz"
Original von Jean Gilbert.
Sonntag, abds. 5½:
„Onkel Muz"
Während des Ausnahmezustandes
anfg. 5½ Uhr!
Vorverkauf eröffnet

Chaliatheater
Sonntag, d. 3. April 1921, abends 8½ Uhr:
Als ich noch im Flügelkleide
Ein fröhliches Spiel von Reim u. Freese.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
Stark radium. alt. Schmiedeberg Moor- u. medizinischen Bäder

Dauerhafte
Handkoffer
echt Vulkan-Fiber, sehr billig bei
H. Krasemann,
Kofferspezialgeschäft,
nur Schmeerstrasse 19.

Schülermützen
von 26.— Mk. an.
Magazin zum Plan, Kleinschmieden 6, Ecke Gr. Steinstr. am Markt

Arbeiter!
1 Posten
Hemden
Schlafhemden
49,75
Wäsche- u. Wollw.-Lager
Gr. Ulrichstraße 25,
Ecke Jägergasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210401-15/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Funktionäre der SPD. Heute abend 6 Uhr Sitzung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

Arbeiter-Jugend. Die heutige Abendveranstaltung fällt aus, dafür Vorstandssitzung punkt 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 1. April 1921.

Ein letzter Versuch der Kommunisten,

die überall ernstlich geplante Streikbewegung neu anzufachen, waren die gestern abend im Volkspark tagenden Versammlungen. Mittels Handzettel wurden gestern nachmittag die Arbeiter und Angestellten von „dem Einberufer" aufgefordert, zu diesen Versammlungen zu erscheinen, da dort über „die Situation" gesprochen und eine „Beschlußfassung über den Generalstreik" vorgenommen werden sollte. Daß die Versammlungen stattfinden konnten, lag an einer groben Täuschung der Polizei seitens der Kommunisten. Wie wir hören, sind die Versammlungen als eine Metallarbeiterzusammenkunft angemeldet worden, in der der Angestellte des Metallarbeiter-Verbandes Hertel und weiter die kommunistischen Gewerkschaftsangestellten Weyer und Grabow über den Streikabbruch sprechen sollten. Statt ihrer traten aber ganz andere Geister auf. In den drei Versammlungen sprachen der kommunistische Stadtrat Kilian, der in Halle nicht ganz unbekannte Redakteur Scholem, früher am „Volksblatt", jetzt an der „Roten Fahne" in Berlin und der Verbandsangestellte Hertel. Wer diese drei Herren als Redner auftreten sieht, kann daraus schon vorher den Schluß ziehen, daß keine Beruhigungspillen an die Arbeiterschaft verteilt werden. Wir wollen hier nicht weiter auf den Inhalt der einzelnen Referate eingehen, sondern nur hervorheben, daß in allen drei Versammlungen wüste Hetzreden gehalten wurden, die nichts, aber auch rein nichts zur Klärung der Situation beitrugen. Die Redner sahen ihre Hauptaufgabe darin, die Versammelten in einen möglichst hohen Erregungszustand zu versetzen, um nachher über . . . die Weiterführung des verschärften Generalstreikes abstimmen zu lassen. Wenn von allen Rednern die reaktionäre Gefahr an die Wand gemalt wurde, so haben sie leider vergessen hinzuzufügen, daß es die Riesenschuld der kommunistischen Führer ist, wenn Reichswehr in das Aufstandsgebiet einmarschierte. Die wahnwitzige verbrecherische Aktion der VKPD. ist die Ursache dazu, wenn sich jetzt das reaktionäre Pack in frechster Weise produziert. Aber auch die kommunistischen Arbeiter sollten sich sagen, daß durch eine Weiterführung des Streiks nichts erreicht werden kann, als eine Zerreißung der Arbeiterschaft.

Wenn gestern abend die Versammlungen beschlossen, weiter zu streiken, bis die Reichswehr (die übrigens in Halle gar nicht vorhanden ist) und die Schupo zurückgezogen, der Belagerungszustand aufgehoben und die politischen (?) Gefangenen freigelassen worden sind, so will das nicht viel besagen. Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft ist müde noch weiter die Hand zu einem Unternehmen zu bieten, das sinnlos ist und für das gesamte Proletariat nur unberechenbaren Schaden mit sich bringt. Die im Volkspark Versammelten bildeten nur einen kleinen Teil der hallischen Arbeiter. Es zeigt sich heute schon, daß die im Volkspark ausgegebenen Parolen auf recht wenig Sympathie in der Arbeiterschaft stoßen.

Wir rufen hier noch einmal unseren Genossen und allen besonnenen Arbeitern zu: **Laßt Euch nicht irre machen und duldet nicht, daß Ihr erneut dazu gepreßt werden sollt, den gänzlich verfahrenen Karren der Kommunisten flott zu machen. Wendet Euch energisch gegen den Terror. Nur die Reaktion zieht Nutzen daraus, wenn die Arbeiterschaft noch länger durch die unsinnige Aktion der Kommunisten geschwächt wird.**

In argen Nöten

ist die unabhängige „Volkszeitung". Infolge des Verbotes des „Klassenkampfes" weigern sich die Setzer und Drucker der Genossenschaftsdruckerei, das unabhängige Organ herauszugeben. Das Blatt erscheint nun in Leipzig als Ableger der „Leipziger Volkszeitung". Darüber schlägt die „Volkszeitung" in ihrer gestrigen Ausgabe bewegliche Töne an und heulmeiert:

„Es bedarf, weil selbstverständlich, nicht erst der ausdrücklichen Versicherung, daß wir die Beschränkung und Aufhebung der Preßfreiheit schon grundsätzlich und so auch im vorliegenden Falle nachdrücklichst verurteilen! Das Verbot des „Klassenkampfes" ist nun auch auf das für Leipzig erscheinende kommunistische Blatt, den „Roten Kurier", und auf die übrigen in der hallischen Genossenschaftsdruckerei hergestellten Kopfblätter des „kommunistischen" „Klassenkampfes" ausgedehnt worden. Das haben nun die Setzer und Drucker der Genossenschaftsdruckerei zum Anlaß genommen, daraufhin auch die Herstellung unserer „Volkszeitung" zu verweigern. Dieser Weigerung fehlt jede sachliche und vernünftige Grundlage; sie ist nichts als ein kleinlicher und gehässiger Racheakt (!) und ist im kleinen eine für die „kommunistische" Geistesverfassung gleich bezeichnende „Taktik", wie der ganze Kommunistenputsch es im großen ist."

Das letztere ist gut gesagt. Aber warum dieser Aerger? Die „Volkszeitung" hat bisher nichts getan, die unsinnige Aktion der VKPD. durch eine entschiedene Stellungnahme zu bekämpfen. Die Haltung der USP. wird noch einer gründlichen Beleuchtung unsererseits bedürfen; jetzt sei nur gesagt, daß es kein besonderes Unglück ist, wenn das unabhängige „Einerlei seitens anderseits-Organ" nicht in ganzer Gestalt erscheinen konnte. Es hätte sonst lediglich dazu beigetragen die Situation noch mehr zu verwirren.

Eine Unverfrorenheit

seltener Art entwickelt die „Hallische Ztg." in ihrer gestrigen Lokalspitze. Vielleicht ist es auch Mangel an Logik oder blutigster politischer Dilettantismus was da von einem hilflosen Schreiberlein verbrochen wird. „Zur Lage" benennt sich der Artikel und darin wird folgender Unsinn verzapft:

„Die Mehrheitssozialisten scheinen seit den vorjährigen Märztagen manches vergessen, allerdings auch manches gelernt zu haben. Damals riefen sie mit zum Generalstreik auf, heute fordern sie zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Damals schimpften sie im trauten Verein mit Unabhängigen, Kommunisten und Demokraten über die Greueltaten des Militärs und der Polizei. Heute loben sie deren musterhaftes Verhalten."

Ob es nur eine furchtbare polizeiwidrige Dummheit ist, was sich in diesen Zeilen kund tut oder — . . . Gemeinheit? Wir nehmen Beides an und glauben damit das Richtige getroffen zu haben. Die „Hallische Ztg." hat wohl die wenigste Veranlassung dazu, Kapriegeister herauf zu beschwören, denn dieses Blatt ist mit schuldig an dem ungeheuren Verbrechen, welchem im vorigen Jahre tausende von Arbeitern zum Opfer fielen. Es ist schamlose Zynismus, wenn dieses hallische Kapporgan heute noch den Mut hat, die schändlichen Verbrecher am deutschen Volke vom März zapfisch 1920 in Schutz zu nehmen. Daß die „H. Ztg." es dennoch in der gegenwärtigen Situation wagt, zeigt nur wie recht wir hatten, als wir von reaktionären Aasgeiern schrieben.

Eine offene Herausforderung an die Arbeiterschaft stellt es dar, wenn die „H. Ztg." schreibt: „Vor Jahresfrist übten die Mehrheitssozialisten „Solidarität" und „Sympathie" mit denselben Leuten, die jetzt nicht viel schlimmer als im Vorjahre gerauht und gemordet haben." Hierin wird nichts weniger behauptet, als daß alle Arbeiter, welche im vergangenen Jahre sich gegen die elende Kappmeute auflehnten, Räuber und Mörder sind. Jedes weitere Wort dazu würde den Rowdy-Journalismus der „H. Z." nur verdecken.

Die Gemeinheiten in dem Artikel sind jedoch damit noch nicht erschöpft. Wir wollen unseren Lesern das deutsch (!) — nationale (!) Blatt in seiner ganzen Schönheit vorführen. Da heißt es noch: „Wenn ferner im März 1920 ein Anschlag auf die „Hallesche Zeitung" verübt worden wäre, so hätten die „Volksstimme" und ihre Parteifreunde diese „Tat" durchaus in der Ordnung gefunden, selbst wenn, wie es am Ostersonnabend geschah, zwei Arbeiter bei dem Attentat verletzt wurden. Die „Volksstimme" und ihre Kreise haben sich zweifellos auch gefreut, als sie von der nichtswürdigen Tat hörten; nur mußten sie ihre Freude nach Lage der Dinge verbergen."

Höher geht's nimmer. Mit dieser letzteren niedrigsten Verleumdung ist diese Schmierpresse auf das Niveau Knüppelkunzes Judenhetzblatt angelangt. . . Wir gratulieren!

25 Jahre Gemeindearbeit.

Am heutigen Tage, am 1. April, kann unser Genosse Gerig auf eine 25jährige Tätigkeit als Gemeindevertreter zurücksehen. Am 16. März 1896 wurde er mit dem jetzigen kommunistischen Stadtrat Osterburg, in dem damals noch nicht zu Halle gehörigen Giebichenstein in die Gemeindevertretung als erster Sozialdemokrat gewählt und am 10. April traten die beiden ihr Amt an. Hier übte Gen. Gerig seine Tätigkeit als Vertreter des werktätigen Volkes bis zum 1. April 1900 aus. An diesem Tage erfolgte die Eingemeindung von Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz. Seit dieser Zeit gehörte er ununterbrochen der Stadtverordnetenversammlung Halle an. Er hat sich im Verein mit den wenigen anderen Vertretern der Sozialdemokratie in den Zeiten der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts redlich bemüht, das schwere Los der arbeitenden Schichten unseres Volkes zu erleichtern, so weit es die beschränkten Rechte des damaligen Gemeindeparlaments und die kleine Zahl sozialdemokratischer Vertreter erlaubte. Mag es ihm vergönnt sein noch recht lange an diesem Platze zu wirken. In Zukunft mit größerem Erfolg als es bis zum Krieg durch das herrschende Dreiklassenwahlrecht, nach dem Krieg durch das finanzielle Elend möglich war. —

Vor dem Jahre 1892 waren die Rechte der Einwohner in den Landgemeinden derartig gering, daß es unmöglich war, Arbeitervertreter in die Gemeindeparlamente zu entsenden. Außerdem nahm die Partei eine direkt feindselige Haltung der Ansicht gegenüber ein, sich unter dem Dreiklassenwahlrecht an den Landtags- und Gemeindewahlen zu beteiligen. Nach dem Inkrafttreten der neuen Landgemeinde-Ordnung für die sieben östlichen Provinzen wurde es möglich, wenigstens in der dritten Wählerklasse diesem traurigen Zuständen ein Ende zu machen. In der damaligen Landgemeinde Giebichenstein entfaltete nun die Sozialdemokratische Partei eine rege Agitation zu den Gemeinderatswahlen. Zwei Mal scheiterte der Ansturm und blieb in den Meschen der reaktionären Bestimmungen, die außerordentlich ungünstig für das Proletariat wirkten, hängen.

Im Jahre 1896 war die Festung sturmreif; das Bollwerk der bürgerlichen Spießer wurde genommen. Mit erdrückender Mehrheit wurden die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, der Genosse Gerig und der jetzige Stadtrat Osterburg in die Gemeindevertretung gewählt.

Die Sitzungen des Gemeindeparlaments in Giebichenstein wurden durch die Wahl der ersten Sozialdemokraten fast revolutionär gestaltet, im Vergleich zu früher. Im Gasthaus „Zum Mohr" wurde bis dahin immer an einer langen Tafel bei Bier, Kaffee und Zigarren in gemütlicher Harmonie Gemeindepolitik getrieben. Diese Idylle wurde durch den Eintritt der zwei Sozialdemokraten erheblich beeinträchtigt. Opposition setzte ein. Im „Volksblatt" wurden die rückständigen Reden und Maßnahmen der satten Bürgerlichen unter die Lupe genommen.

Zur Beachtung!

Wir veranstalten weder Gelegenheits- noch sogenannte Unterpreis-Angebote. Unsere Preise sind nicht nur zeitweise, sondern

ständig so billig gestellt,

dass sie bei gleicher Qualität wohl ausnahmslos billiger sind, als die Preise solcher Angebote. Vergleichen Sie unsere Preise und Qualitäten,

urteilen Sie selbst!

Baumwollwaren

Hemdentuch mittelstark, ca. 82 cm	9.75
Handtuchdrell weiss, 48 cm	9.75
Bettzeug geblümt, 52 cm	13.75
Bettzeug kariert, Kissenbreite	14.75
Bettzeug kariert, Bettbreite	24.50
Köper-Inlett federdicht, Kissenbreite	25.00
Köper-Inlett federdicht, Bettbreite	39.00

Waschstoffe

Dirndl Stoff besonders schwere Qualität	13.75
Musseline Blumen- und Tupfen-Muster 15.50	14.50
Schleierstoff helle Blumenmuster	12.75
Perkal für Oberhemden 17.75	12.75
Blaudruck 80 cm	14.50
Schleierstoff 120 cm Tupfen und Streifen	19.50
Foulardine elegant. Ersatz für Seide 80 cm	22.50

Kinderschürzen

zum Schulanfang.

Hänger schwarz-weiß gestreift mit Blende, Paspel, Taschen	19.75
Dirndl-Schürze mit Blende, Paspel und Volant	19.75
Weißer Hänger aus gestreift. Stoff mit Stickerei und Volant	21.50
Crelon-Hänger Ia. Qualität, schwarz-weiß getupft	22.50

Sämtliche **Schürzen** sind aus nur Ia. waschechten Stoffen

Strümpfe.

Damenstrumpf schwarz verstärkte Ferse und Spitze	5.45
Damenstrumpf schwarz florartig, Doppelsohle	8.75
Damen-Florstrumpf mit Seidenglanz	15.75
Herrensocke schwarz gut verstärkt, sehr haltbar	4.45
Herrensocke elegant in allen Modefarben	6.95

Kinderstrumpf schwarz Baumwolle

Gr. 2	3	4	5	6
6.75	7.50	8.25	9.00	9.75 Mk.

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstrasse 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210401-15/fragment/page=0005

Langsam aber stetig stieg der Einfluß der Sozialdemokratie zum Wohle der arbeitenden Klasse. Eine der dringendsten Forderungen war die Einverleibung der Gemeinde Giebichenstein, die dann auch nach heftiger Opposition im Jahre 1900 erreicht wurde. Bis dahin hatten wir vier Sitze erobert. In einer Funktionärsitzung wurden nun die drei sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Gerig, Emmer und Osterburg dazu bestimmt, die ihnen zustehenden Plätze in der Stadtverordneten-Versammlung einzunehmen. Seit dieser Zeit hat unser Genosse Gerig ununterbrochen dem Stadtverordnetenkollegium angehört. Ein großes Arbeitsfeld liegt hinter ihm, zumal er stets unermüdlich für die sozialdemokratischen Ideen tätig gewesen ist. Nach der Spaltung blieb er mit dem Genossen Emmer und Gröbel der alten Partei treu. Erst im Sommer des Jahres 1919 trat der letztere zur USP. über. Es soll dem Gen. Gerig unvergessen bleiben, daß er als zähester unter den sozialdemokratischen Stadtverordneten treu zu unserer Fahne hielt und sein Mandat für die Sozialdemokratische Partei weiterführt. Nach seiner Wiederwahl im April 1919 in das neue Stadtparlament, wo die Vertreter des werktätigen Volkes die Hälfte der Sitze einnehmen, ist die Arbeitslast durch die veränderten Verhältnisse erheblich größer geworden, denn die jetzt zu leistende Kommissionsarbeit, die vor der Revolution gleich Null war, erfordert das nieder Zeit und Anspannung der Kräfte. —

Wir gratulieren unseren Genossen Gerig zu diesem gewiß seltenen Ereignis einer 25jährigen Tätigkeit als Gemeindevertreter und sprechen nochmals den Wunsch, daß er noch recht lange seine Kräfte in den Dienst unserer Sache stellen kann.

Kinderelend in Heimarbeitgebieten.

Das Reichsarbeitsministerium hatte zu Anfang des Winters 1920/21 eine Umfrage an die Regierungen einiger Länder, in deren Gebiet viel Heimarbeit vorkommt, gerichtet, ob und wieweit sich in diesen Bezirken eine besondere Gefährdung der Kinder der Heimarbeiter durch Unterernährung bemerkbar gemacht hätte. Umständliche und kostspielige Sondererhebungen sollten nicht vorgenommen werden, sondern nur die Erfahrungen und Beobachtungen von Wohlfahrtsämtern, Schulärzten, Fürsorgerinnen, Gewerbeaufsichtsbeamten, Lehrern usw. für die Berichterstattung nutzbar gemacht werden. Ein wahrhaft erschütternder Berichtstoff ist hier zusammengekommen, der in einer Aufsatzreihe im Reichsarbeitsblatt Nr. 5, 9 und 11 (Reimar Hobbings Verlag), dem amtlichen Organ des Reichsarbeitsministeriums, in übersichtlicher und eindringlicher Weise verarbeitet worden ist.

Die Aufsätze behandeln das Kinderelend in Thüringen, Preußen, Bayern und Sachsen. Wie in einem Brennspiegel treten die verheerenden Wirkungen von Krieg, Blockade, Arbeitslosigkeit hier mit ganz besonderer Schärfe hervor. Von der während des Krieges durch die Blockade und jetzt durch die Teuerung verursachten Unterernährung werden vor allem die Heimarbeiter in den Großstädten betroffen, ferner die Heimarbeiter in hochgelegenen Dörfern, die schlechte Verkehrsverhältnisse haben und wegen der Höhenlage oder infolge Waldreichtums nur wenig Gelegenheit zur landwirtschaftlichen Betätigung bieten. Ganz ähnliche Züge zeigen daher die Berichte aus dem Heimarbeitgebieten in Thüringen, Schlesien, Eifel, Oberfranken, sowie aus den Bergwerksgebieten im Harz und in Oberbayern.

In den Aufsätzen im Reichsarbeitsblatt wird mehrfach auf den Zusammenhang des Kinderelends mit der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage hingewiesen, die ja zum größten Teil auf den Gewaltfrieden von Versailles und seine Folgen zurückzuführen ist. Aber auch der „starke Wille zur Selbsthilfe" soll wachgerufen werden, denn zum Schluß der Aufsatzreihe heißt es: „Jeder erwachsene, gesunde deutsche Mann und jede gesunde deutsche Frau muß wissen, daß es für die nächsten Jahre ihre Pflicht ist, so zu arbeiten, und an allem Ueberflüssigen so zu sparen, wie noch nie in Deutschland gearbeitet und gespart worden ist. Diese Mahnung geht an alle Klassen und alle Berufe. Nur wer diese Pflicht erfüllt, arbeitet auch an seinem Teile mit an der Ueberwindung des Kinderelends in Deutschland."

Muß aus dem Schaufenster verkauft werden?

Müssen uns die Geschäfte auf unseren Wunsch die „Zugstücke" ihrer Schaufensterauslagen verkaufen? Diese interessante Frage, um die es ja so oft zu Streitigkeiten kommt, behandelt Dr. Hans Lieske in einer juristischen Betrachtung von Reclams „Universum". Dieser im Alltagsleben durchaus nicht unbedeutende Rechtsfall läßt sich nun nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten, sondern es kommt sehr auf die Umstände an. Die Kernfrage ist die, ob in der Auslegung von Schaustücken im Ladenfenster juristisch ein Verkaufsoffert zu erblicken ist. Das Offert als ein Vertragsangebot hat als solches bindende Kraft. Zweifellos wird in den Schaufenstern dem Publikum Ware angeboten, und die Rechtsauslegung neigt dazu, Offerte an das Publikum für verbindlich anzusehen. Es müssen aber in der Auslage auch alle notwendigen Vorbedingungen für ein Offert erfüllt sein. Dazu gehört z. B. die Preisangabe. Stellt ein Juwelier ein prachtvolles Perlenhalsband aus und gibt den Preis der Auslage mit 10 000 Mark an, so muß er einer Dame, die daraufhin das Kollier kaufen will, dieses auch aushändigen, denn der Händler hat durch die Ausstellung des ausgezeichneten Kolliers jedem Vorbeigehenden den Kauf in rechtlicher Form angetragen und sich zur Abgabe für den betreffenden Preis verpflichtet. Er kann also nicht den Beschei geben, daß aus dem Geschäft nichts verkauft werde. Anders steht es bei einer Kunsthandlung, die ihre Bilder im Schaufenster nicht mit Preisen bezeichnet hat. Der Käufer, der sich in ein Bild der Auslage verliebt und es nun erwerben möchte, muß betrübt wieder abziehen, sobald ihm im Laden erklärt wird, die Gemälde im Schaufenster seien sämtlich unverkäuflich. Bei dem Angebot im Schaufenster fehlt ja gerade hier das wichtigste, nämlich die Preisangabe, und die Auslage ist daher kein rechtsverbindliches Offert. Wieder anders steht es in dem Falle, daß ein leidenschaftlicher Raucher im Fenster eines Zigarrenladens eine große Menge von Kisten mit Zigarren derselben Sorte sieht. Er will sich ein Kistchen kaufen, und der Zigarrenhändler legt ihm auch sogleich die gewünschte Marke vor. Der Käufer aber möchte gerade die Kiste haben, die er sich im Fenster ausgesucht hat, obgleich er sieht, daß ihm ganz dieselbe Marke und Qualität angeboten wird. Dies Verlangen kann der Verkäufer abschlagen. Denn die gültige Verkehrssitte bestimmt, daß ein Kaufmann nicht um bloßer Kleinigkeiten willen sein dekoriertes Schaufenster ausplündern muß. Er ist gegen derartige Schikanen des Kunden geschützt.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 4. April, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Wahl eines besoldeten Stadtrats. 2. Wahl eines Mitgliedes für den Schulausschuß für das Lyzeum und die Frauenschule. 3. Wahl von Deputationsmitgliedern für das Arbeitsamt. 4. Landaustausch am Südfriedhof. 5. Errichtung von Bergmannswohnhäusern. 6. Wiederaufstellung einer Badeeinrichtung. 7. Gewährung eines Notzuschlags. 8. Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. 9. Nachbewilligung für die Straßenbahn. 10. Nachbewilligung für die Grube Karl-Ernst. 11. Einspruch gegen Mietenerhöhung. 12. Antrag auf Schaffung eines Unterkommens für Kinder, deren Mütter zur Arbeit gehen. —

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Keil.

Wer kennt die Attentäter? Wie schon bekanntgegeben, ist am 27. März abends, zwischen 10½ und 10¾ Uhr, je ein Anschlag mit Handgranaten auf die Saale-Zeitung und die Hallesche Zeitung verübt worden. In der Franckestraße sind drei Männer beobachtet worden, die den Anschlag auf den Druckraum der Halleschen Zeitung begangen haben. Zwei dieser haben selbgrane Anzüge getragen, der dritte einen dunklen. Einer der ersteren soll etwa 1,80 Meter groß, der andere kleiner und der im dunklen Anzuge der kleinste sein. Dieser hat unmittelbar vor der Tat in der Franckestraße mit einem Mädchen gesprochen. Wer zur Ermittelung der Täter Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

Im Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten wurden in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1807 Untersuchungen ausgeführt, und zwar: Tuberkulose 186, Typhus, bakteriologisch 34, serologisch 7, Ruhr, bakteriologisch 5, Diphterie 945, Gonorrhoe 25, Syphilis, serologisch 500, sonstige Krankheiten 105.

Bund deutscher Feldeisenbahner 1914/18. Sonntag, den 3. April, vormittags 11 Uhr, findet im „Schultheiß", Poststraße, die Bezirksversammlung statt. Vortrag des Bundesvorsitzenden Severin. Zahlreiche Beteiligung erwartet der Vorstand.

Deutsche Kinderhilfe. Für einen Vortrag über „das Kind in Not" ist Professor Lehnerdt gewonnen worden. Er wird ihn heute Freitag, 1. April, abends 8 Uhr im Auditorium maximum der Universität halten. Am 7. und 8. April finden in der Loge zu den Drei Degen die Veranstaltungen statt: Engel in der Kunst nach Werken alter Meister, verbunden mit musikalischen Vorträgen, an die sich ein Tezaeben anschließen wird.

Stadttheater. Heute, Freitag, nachmittags 5 Uhr, findet das erste Gastspiel von Gertrud Kappel als Elisabeth in Richard Wagners „Tannhäuser" statt. Morgen, Sonnabend, nachmittags 5½ Uhr, singt die Künstlerin die Leonore in Beethovens „Fidelio". Am Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1 bis 5 Mk. das Schauspiel „Glaube und Heimat" von Schönherr gegeben. Sonntag abend „Wenn Liebe erwacht". Montag „Undine".

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" von Kehm und Freehse zur Aufführung.

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Spielinge: C: Sonnabend, den 2. April (Anfang 5½ Uhr), D: Montag, den 4. April, E: Mittwoch, den 6. April, F: Sonnabend, den 9. April.

Apollo-Theater. Bis heute Freitag inklusive bleibt das Theater geschlossen. Am Sonnabend, abends 5½ Uhr findet die Uraufführung des neuesten Singspiels „Onkel Muz" von Jean Gilbert statt. Der berühmte Komponist wird die Uraufführung am Sonnabend persönlich dirigieren, das Orchester ist bedeutend verstärkt. Die Hauptrollen liegen in bewährten Händen (Fanny Köbe, Else Inera, Charlotte Haase, Franz Menar, Max Regensburger, Kurt Dissen usw.) Am Sonntag und den folgenden Tagen, abends 5½ Uhr wird „Onkel Muz" wiederholt.

Der Eislebener Josef-Schneider-Terror.

Ja, er war die Zentrale, in deren Händen die Fäden der Organisation des Wahnsinns zusammenliefen. Josef Schneider, der Held von der Feder, hat in skrupelloser Weise den Brandherd geschaffen, der Eisleben in Schutt und Asche zu legen drohte. Er war es, der mit dem berühmten Räuberhauptmann Hölz die anarchistischen Garden in Eisleben, Helfta und den Grunddörfern des Mansfelder Kreises dirigierte und — wie mir zuverlässig versichert wurde — „Tod allen Andersdenkenden!" als Parole ausgab.

Wahrlich, er hat seiner ganzen geistigen Struktur gemäß, echt „kommunistische" Arbeit geleistet. Ihm und seinen Helfershelfern ist es gelungen, große Werte zu Trümmern zu schlagen, Menschenleben für einen Wahnwitz erlöschen zu lassen. Eisleben macht einen traurigen Eindruck. Das Innere des historisch so wertvollen Rathauses ist durch Sprengung vollkommen demoliert, der Marktplatz ist schwer heimgesucht, alle Fensterscheiben sind zersplittert, die anliegenden Geschäfte zu einem großen Teil von den Aufständischen ausgeplündert worden. Das Haus der Mansfelder Gewerkschaft ist schwer beschädigt, die Villa des Leiters vom Knappschaftskrankenhause Evers in die Luft gesprengt.

In Helbra hat eine wilde „Rätediktatur" gewütet. Dort haben die Banden in unbegrenztem Idealismus Mehl, Kaffee, Schokolade und Zigarren in großer Menge beschlagnahmt. Doch geht in Eisleben hartnäckig das Gerücht, daß sich die „Mannschaften" der „Roten Kampfarmee" mit schwarzem Kaffee begnügen mußten, während sich die „Offiziere" bei Spiegeleier und Kognak gütlich taten.

Auch unsere alte Freundin Hedwig Krüger ist dort aufgetaucht. Diesmal im Dienste barmherzigen Samariterdienstes, als „Krankenpflegerin". Sie hat sich also scheinbar doch von den weiblichen Gefühlen, die sie den Frauen zugunsten größerer Männlichkeit gerne genommen sehen möchte, übertölpeln lassen. Nach der Niederlage der Kommunisten wurde sie festgenommen und man fand bei ihr ein Fläschchen Arsenik, dessen Verwendung nicht ganz klar liegt. — Endlich hat das verdiente Schicksal die blutige Hedwig ereilt. — —

Nach dem großen Mißerfolg des Eislebener Putsches bemühen sich nun die dortigen KPD.-Leute eifrig, ihre Taten abzuschwören. Es dürfte deshalb sehr interessant sein, festzustellen, daß der Terror sich niemals in solchem Umfange gelandet gemacht hätte, wenn nicht die Kommunisten, die nun bestrebt sind, ihre Hände in Unschuld zu waschen, geschlossen hinter ihre Verführer getreten wären. Ich gebe deshalb eine nach der zeitlichen Reihenfolge gesammelte Zusammenstellung der jüngsten Ereignisse in Eisleben wieder, so wie sie sich mir aus dem Bericht von Augenzeugen, den Resumés der dortigen Zeitungen und eigenen Feststellungen ergeben hat.

* * *

Sonnabend, den 19. März. Vormittags treffen die ersten Kolonnen der von unserem Gen. Hörsing gesandten Schupo ein. Die „Mansfelder Volkszeitung", die sie höhnisch als „Beschützer" der Arbeiterschaft begrüßt, entfaltet bereits ihre aufreizende Tätigkeit.

Sonntag, den 20. März. Am späten Abend Besprechungen der KPD., KAPD., der Arbeiter-Union und des Gewerkschaftskartells. Das Ergebnis dieser Konferenz ist ein gemeinsamer Aufruf, der bereits Montag morgen an allen Häusern klebt und in dem zum großen Generalstreik gegen die „weißen Garden Hörsings" aufgehetzt wird. Um auch dem Humor sein Recht zu lassen, geht man in den Mansfeldschen Grunddörfern sogar dazu über, in später Nacht den Generalstreik mit Trompetenstößen zu verkünden.

Montag, den 21. März. Berittene Arbeiter durchstreifen die Dörfer. Ein Teil der Werke ist jedoch immer noch tätig. Nur die Betriebe im überradikalen Helfta Bezirk, der Hermannsschacht und Dietrichsschacht, liegen ohne Ausnahme still, während die Belegschaften der anderen Schächte einfahren. Die Kommunisten machen teilweise mit Erfolg Anstrengungen, auch diese Werke lahmzulegen und machen sich hierbei den gemeinsten Terror zu eigen. So will z. B. am

Dienstag, den 22. März die Frühschicht im Hermannsschacht einfahren. Doch der Betriebsführer kann leider die Einfahrt nicht gestatten, da die Kommunisten die Seile durchschnitten haben und die arbeitswilligen Bergleute bei einer Verwirklichung dieser Schredensmaßnahme in der Tiefe eingeschlossen bleiben. Auch die schon eingefahrenen Bergleute anderer Schächte werden unter Anwendung ähnlicher terroristischer Methoden mitten in der Arbeitszeit aus dem Betriebe herausgeholt. — Nachmittags 5 Uhr große Volksversammlung im Eislebener „Volkshause", in der sich Hölz als der „berühmte Bandenführer" vorstellt und eine ungemein aufreizende Rede hält. Das Gift tut denn auch seine Wirkung. Nach der Versammlung drängt die Menge nach dem Marktplatz und fällt dort drei Beamte der Schupo an. Ein Polizist wird schwer verletzt, ein anderer nach dem Volkshause verbracht. Zwei weitere Beamte, die hinzueilen, werden von der Menge nach der Redaktion der „Mansfelder Volkszeitung" verschleppt und erst nach geraumer Zeit von Schupo-Mannschaften befreit. Die Heßversammlung hat also das Oel ins Feuer gegossen.

Mittwoch, den 23. März. Die Erregung steigert sich zur Siedehitze. Die Schupo hat sich auf die hochgelegenen, strategisch wichtigsten Punkte in Eisleben zurückgezogen. Sie hat im Lehrerseminar und in der Mädchenvolksschule ihre Standquartiere. Mittags setzt auf den Höhen westlich von Eisleben Gewehrfeuer ein. Auf der Hüneburg und am Friedrichsberg entbrennt ein Gefecht. Von den Grunddörfern Helbra usw. haben sich dort die roten Kampftruppen zusammengefunden, um Eisleben einzuschließen. Auch hierin zeigt sich die wohlvorbereitete Organisierung des Ganzen. Oestlich von Eisleben, in Helfta und Unter-Rißdorf tauchen ebenfalls stark bewaffnete Banden auf. Auch auf den Höhen bei dem Bahnhof stoßen rote Truppen vor. Die Situation wird für die Schupo beängstigend, denn im Westen dringen die Kommunisten rasch bis zur Mädchenvolksschule vor. Im Osten wird das Seminar hart bedrängt. Die Feuergefechte nehmen gegen Abend an Heftigkeit zu. Die Kommunisten haben bereits die Neustadt besetzt. Sie zerstören die Wohnung unseres Gen. Rehls. Der Kampf zieht sich bis in die Nacht hinein. Abends 7 Uhr dringen die Aufständischen bis zum Eislebener Marktplatze vor. Eine Handgranate fliegt in die Polizeiwache. Auf dem Markt und in den angrenzenden Straßen setzen Plünderungen ein. Die Schupo muß sich vor der Ueberzahl auf ihre Standquartiere zurückziehen und kann nur vereinzelte Vorstöße unternehmen. Mehrere Beamte der Schutzpolizei werden von der Truppe abgedrängt und von der Menge mißhandelt. In der Nacht gerät die Stadt — mit Ausnahme der beiden Schupoquartiere — fast völlig in die Hand der Kommunisten. Da naht die sehnlichst erwartete Verstärkung in der Nacht von Tentschenthal heran; nachdem sie sich sechzehn durch Erbeboren vorgearbeitet hat, stürmt sie Helfta und den Bahnhof Eisleben unter schweren Verlusten.

Gründonnerstag, den 24. März. Die ankommenden Polizeiformationen säubern die Stadt Eisleben. Die roten Truppen werden nach Osten und Westen abgedrängt.

Karfreitag, den 25. März. Morgens Ruhe. Auch am Nachmittage reger Straßenverkehr. Schupo hält Straßenkreuzungen besetzt. Abends gegen 9 Uhr plötzliche Wendung. Von den Grunddörfern sind durch die Kasseler Straße mehrere hundert bewaffnete Kommunisten, die in Schlangenreihen an den Häusern entlang schlichen, bis zum Markt vorgedrungen. Dort hält ein Führer der roten Truppen eine Rede. Es kommt zu erneutem Kampf. Leuchtraketen ziehen auf; heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die anrückende Schupo kann es nicht verhindern, daß das Innere des Rathauses, die Wohnung des Generaldirektors der Mansfelder Gewerkschaft Dr. Heinold und das Gewerkschaftshaus durch große Dynamitsprengungen verwüstet werden. Die Schupo stürmt das Rathaus. Große Verluste der Kommunisten, die in ihre Standquartiere nach den Grunddörfern zurückfluten.

Sonnabend, den 26. März. In Eisleben Ruhe. Die Umgebung nach wie vor in der Hand der Hölz-Garden. Es verlautet, Reichswehr sei im Anmarsch. Tatsächlich zieht auch Artillerie von Hettstedt über Mansfeld, Benndorf, Helbra nach Eisleben. Düsseldorfer Reichswehr strebt demselben Ziele zu, nimmt aber ihren Weg über Helbra und die Grunddörfer.

Sonntag (1. Osterfeiertag), den 27. März. Mittags 1 Uhr ertönen einige Kanonenschüsse nach den Höhen um Eisleben. Dies genügt auch hier wie an anderen Orten, um die Insurgenten jählings auseinanderzutreiben. Die Truppen ziehen in südöstlicher Richtung weiter, um auch dort die Gegend von den Banden zu säubern. Es herrscht endlich Ruhe.

* * *

Seit Montag ist nun die Säuberungsaktion der Schupo im Gange. Streifzüge werden in und um Eisleben nach allen Richtungen unternommen. Zahlreiche Verhaftungen von Aufrührern sind die Folge.

Und der Erfolg der ganzen „großzügigen Aktion"? Er ist unzweifelhaft eine Stärkung der Reaktion und eine Schwächung der Arbeiterschaft. Viele Unternehmer sind gewillt, ihre Betriebe still liegen zu lassen und so den Arbeitern den Broterwerb zu entziehen. Diejenigen, die die Arbeiter in unverantwortlicher Weise aus den Werken heraus sien, können nun auch nicht das Geringste tun, um sie wieder hinein zubringen. So ist die Situation in Eisleben und Umgegend ungemein traurig und die Schuld trifft Joseph Schneider und die vielen anderen Hezagitatoren.

Sie fließen mit vollen Taschen und hinterlassen Unglück, Elend und unzählige zerschlagene Existenzen.

H—r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210401-15/fragment/page=0006